

Protokoll der 9. StuRa-Sitzung vom 1. April 2014 beschlossen am 15. April 2014

Die 9.Sitzung des StuRa am 1.April war nicht beschlussfähig, die
zweite und ggf. dritte Sitzung der 9.StuRa-Sitzung wurden
einberufen für den 8.April 2014, 19:00

Tagesordnung für die StuRa-Sitzung vom 01.04.2014

TOP 1: Begrüßung	3
TOP 2: Beschluss der Tagesordnung	4
TOP 3: Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung	5
TOP 4: Mitteilungen und Kurzberichte	5
4.1 Mitteilungen der Sitzungsleitung und der Vorsitzenden der VS.....	5
4.2 Umzugspläne für URRmEL – Treffen am 2.April, 9:00	7
4.3 Bericht von der Konferenz gegen Hochschulkürzungen und Unterfinanzierung vom 4.-6.4. in Halle an der Saale	8
4.4 TERMINE: Gremien, Treffen, AGen, Vortreffen	9
TOP 5: Schlichtungskommission	10
TOP 6: Semesterticket	10
6.1 Berichte über die Entwicklungen bis 4. April.....	10
(a) NVBW Treffen 11.03.2014 zum landesweiten Semesterticket	10
(b) Entwicklungen in Heidelberg bis 1.April	11
(c) Mandatierung des Verkehrsreferats für die letzten Verhandlungen am 04. April durch die RefKonf	12
6.2 Bericht für die Sitzung des StuRa am 8.April	13
(a) Verhandlungen mit dem VRN am 04. April.....	13
(b) Gespräch mit OB Würzner, dem VRN, der RNV und verschiedenen Gemeinderatsfraktionen am 07.04	13
(c) Preise der künftigen Jahre.....	14
6.3 Diskussion um das weitere Vorgehen	14
6.4 Beschluss über den Text der Urabstimmung (Dringlichkeitsantrag).....	15
6.5 Abstimmungsempfehlung des StuRa zur Urabstimmung (Dringlichkeitsantrag).....	16
TOP 7: Wahlen/Urabstimmungen/Kandidaturenaufrufe etc.	18
7.1 Aktueller Stand Wahlen Urabstimmung/Fachschaftsratswahlen	18
7.2 Aufruf zur Kandidatur für den Haushaltsausschuss	19

7.3	Aufruf zur Kandidatur für die Sitzungsleitung.....	20
7.4	Aufruf zur Kandidatur für den Wahlausschuss.....	20
7.5	Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit / Kandidaturen	21
	(a) Kandidaturen von Ann-Katrin, Ricarda und Lisa-Marie für das Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit (2. Lesung).....	22
7.6	Aufruf zur Kandidatur für das Kulturreferat	23
	(a) Kandidatur für das Kulturreferat von Tobias (2. Lesung).....	24
	(b) Kandidatur für das Kulturreferat von Melissa (2. Lesung).....	25
7.7	Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Lehre und Lernen	25
	(a) Kandidatur Anna-Sophie (1. Lesung)	27
	(b) Kandidatur Fabian (1. Lesung)	28
7.8	Aufruf zur Kandidatur für die zentrale Qualitätssicherungsmittelkommissionen des Rektorats	28
7.9	Ausschreibung Räume-Kommission	29
7.10	Ausschreibung Senatsausschüsse	29
	(a) Zentraler NC-Ausschuss:	30
	(b) Senatsausschuss für Lehre (SAL):	30
	(c) Senatsausschuss für Gleichstellungsfragen:	30
	(d) Mathematisch-Naturwissenschaftliche Gesamtfakultät:.....	30
	(e) Gemeinsame Kommission Transkulturelle Studien (GKTS):.....	30
	(f) Council for Graduate Studies (CFGS):	30
	(g) Kandidaturen für die Senatsausschüsse:	31
7.11	Ausschreibung VS-Mitglied im Senat	31
7.12	Ausschreibung AG Q S+L	32
7.13	Weitere Ausschreibungen	32

TOP 8: Einrichtung von Referaten **32**

8.1	Antrag auf Einrichtung eines Sozialreferats (2.Lesung)	32
8.2	Antrag auf Einrichtung eines Referats für internationale Studierende (2. Lesung)	33

TOP 9: Gremienarbeit **34**

9.1	Vertreterregelung für die Wahlordnung der Uni	34
9.2	AGSM am 14.4., 16:00, Alte Uni –	35
9.3	AG Q S+L (Rektoratskommission zum Thema Qualität Studium und Lehre) (1. Lesung)	35
9.4	Senatssitzung am 8.4.	36

TOP 10: Satzungen **37**

10.1	Finanzordnung (1. Lesung)	37
10.2	Geänderte Wahlordnung für die Wahlen zum Fachschaftsrat der SFS Psychologie sowie die Urabstimmung der SFSen Geographie, Pharmazie, Biologie und Molekulare Biotechnologie (2. Lesung).....	38
10.3	Standardregelung für die Besetzung der dezentralen Qualitätssicherungsmittelkommissionen (2. Lesung).....	38
10.4	Antrag auf Aufnahme der Satzung der SFS Ur- & Frühgeschichte / Vorderasiatische Archäologie (UFG/VA) in den Anhang D der Organisationsatzung (Bekanntgabe)	39

TOP 11: Finanzen **39**

11.1	Wirtschaftsplan oder Haushaltsplan? (2. Lesung)	40
11.2	Finanzierungsanträge.....	41
	(a) Finanzierungsantrag von delta e.V. (2. Lesung)	41
	(b) Finanzierungsantrag von Real World Economics (2. Lesung)	42
	(c) Antrag von Die Linke.SDS auf Fahrtkostenerstattung für Referenten einer öffentlichen	

Vortragsreihe zur Krise (1. Lesung).....	43
(d) Antrag der Nightline auf Übernahme von Fahrtkosten (1. Lesung).....	45
(e) Antrag des Unimut auf Übernahme der Druckkosten durch den StuRa (1. Lesung)	45

TOP 12: Sonstiges **46**

TOP 13: Anlagen **46**

13.1 Kurzbericht von der fzs-MV.....	46
13.2 Protokoll nvbw-Treffen	48
13.3 Antwort der Sitzungsleitung auf den Einspruch bei der Schlichtungskommission.....	50
13.4 Bericht vom Info-Treffen am 01.04.2014.....	53

TOP 14: Anwesenheitsliste **56**

Erläuterung zur Abstimmung:

Nach §7, Absatz 7 der Geschäftsordnung des StuRa, können Anträge erst in der Sitzung, die auf die Sitzung ihrer Vorstellung und Beratung folgt, abgestimmt werden. Bei den Abstimmungen gilt § 34 der Organisationssatzung.

Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Die einfache Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übersteigt.

Hilfen:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/How-To-GO.pdf>

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Glossar_StuRa.pdf

TOP 1: Begrüßung

Die 1. Sitzung der neunten Sitzung am 01.04.2014 war nicht beschlussfähig. Es wurde statt dieser eine Besprechungsrunde abgehalten (vgl. Bericht Besprechungsrunde). Die 2. Sitzung wurde für den 08.04.2014 einberufen. In der Einladung zur zweiten Sitzung der neunten Sitzung wurde darauf verwiesen, dass, falls die 2. Sitzung nicht beschlussfähig sein sollte, automatisch die 3. Sitzung einberufen wird.

Sitzungsbeginn der zweiten Sitzung der neunten Sitzung: 19:20 Uhr → Feststellung der Beschlussunfähigkeit

Sitzungsbeginn der dritten Sitzung der neunten Sitzung: 19:22 Uhr → automatisch beschlussfähig (im Laufe der dritten Sitzung wurde die reguläre Beschlussfähigkeit erreicht, da es Nachzügler gab)

Sitzungsende: 23:23 Uhr

Protokoll: Kirsten Heike Pistel, Daniel Schmidt, Sibel Yurtsever

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung

Im Nachgang zur ersten verschickten Fassung der Tagesordnung vom 26.3. wurden noch folgende TOPs aufgenommen:

- TOP 6.12 Ausschreibung AG Q S+L
- TOP 8.3 AG Q S+L (Rektoratskommission zum Thema Qualität Studium und Lehre)

mit der zweiten verschickten Tagesordnung verschoben sich aufgrund einer Änderung der Reihenfolge (Vorziehen des TOPs Schlichtungskommission, neu TOP 5) alle TOP-Nummern ab 5

Am 31.1. kam noch hinzu:

- TOP 11.2 c, Finanzantrag von die Linke.SDS
- TOP 6.3 Mandatierungsantrag des Verkehrsreferats (zum 1. April wäre hierfür Dringlichkeit beantragt worden, diese besteht zum 8.4. nicht mehr)

Am 2.4. kam noch dazu:

- Antrag der Nightline TOP 11.2 d

Beim Wahltreffen am 4.4. wurde entdeckt, dass zwei Wahltermine vertauscht worden waren und daher der Antrag unter 10.2 geändert werden muss: statt Chemie muss es heißen Pharmazie, Biologie und Molekulare Biotechnologie (die drei SFSen führen ihre Urabstimmung zusammen durch)

Außerdem wurde noch aufgenommen:

- TOP 10.4 Abstimmung über die Satzung der Studienfachschaft UFG/VA (Bekanntgabe)

Am 7.4. kam noch dazu:

11.2 e Antrag des Unimut auf Druckkostenübernahme

TOP 6 wurde neu struktuiert

neu 6.4 Beschluss über den Text der Urabstimmung (1. Lesung – bzw. Dringlichkeitsantrag)

neu 6.5 Empfehlung des StuRa zur Urabstimmung (1. Lesung – bzw. Dringlichkeitsantrag)

4.3 wurde eingefügt (Bericht aus Halle), dadurch verschoben sie die folgenden Berichts-Tops.

Für TOP 6.4 und 6.5 wird Dringlichkeit beantragt

Emanuel begründet die Dringlichkeit: Das endgültige Angebot war früher nicht bekannt, um die Urabstimmung durchzuführen. Müssen wir dies heute beschließen, um fristgerecht ankündigen zu können. Außerdem sollte der Stura eine Empfehlung aussprechen für diese Lösung, das würde ein starkes Signal an den Gemeinderat senden. Wir hätten damit die Chance ein sehr billiges Semesterticket zu bekommen.

Die Vorstellung anwesender Gäste wird nach TOP 5 Semesterticket vorgenommen.

Abstimmung zur Dringlichkeit: JA: 31, NEIN: 0, ENTHALTUNGEN: 3 → Dringlichkeit beschlossen

Beschluss der Tagesordnung: 28 JA, 0 NEIN, 2 ENTHALTUNGEN → Tagesordnung beschlossen

TOP 3: Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung

Alle StuRa-Protokolle findet ihr hier:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/studierendenrat/protokolle-antraege-beschluesse-1-legislatur.html>

das der letzten Sitzung:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/1/Protokolle/StuRa_20140304.pdf

Änderungsanträge. Keine; JA: 22, NEIN:0, ENTHALTUNGEN: 9 → Protokoll der 8. Sitzung

TOP 4: Mitteilungen und Kurzberichte

4.1 Mitteilungen der Sitzungsleitung und der Vorsitzenden der VS

Unter diesem TOP wird über die Aktivitäten der Referatekonferenz, der Sitzungsleitung sowie andere Aktivitäten informiert, außerdem über Sachen, die interessant oder relevant für den StuRa sein könnten. Wer etwas mitteilen will, schicke es bitte ausformuliert an die Sitzungsleitung.

Sofern es Fragen zu diesen TOPs gibt, könnt ihr sie bereits im Vorfeld schriftlich an die Sitzungsleitung schicken oder auch in der Sitzung fragen. Wenn euch nach der Sitzung was auffällt, könnt ihr auch nochmal nachfragen. Darüber hinaus gilt: sofern niemand nachfragt, wird nicht diskutiert.

überarbeitete oder in Überarbeitung befindliche Materialien

bitte guckt nochmal drauf und meldet euch, wenn euch was auffällt, ihr Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge habt:

Neufassung des Flyers "Aktiv an der Hochschule"

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Fachschaften_Orientierung/Flyer_Aktiv_sein.pdf

(immer noch unfertig)

Neufassung des Gremienreaders:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Fachschaften_Orientierung/Gremienreader.pdf

(immer noch unfertig)

Berufungsreader:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Fachschaften_Orientierung/Berufungsreader.pdf

(unfertig)

Semesterplaner:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Semesterplaner/Semesterplaner_SoSe14.pdf

(in Druck)

Neufassung des StuRa-Glossars:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Glossar_StuRa.pdf

(immer noch unfertig)

Neufassung von Kathas Q-Präsentation:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Fachschaften_Orientierung/Praesentation_Q_Ampelverfahren.pdf

Neufassung des Gremienflyers:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Fachschaften_Orientierung/Flyer_Gremien.pdf

Mietflyer:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Fachschaften_Orientierung/Flyer_Mietrecht.pdf

Neuer Flyer zur Lehramtsreform des AK Lehramt:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Fachschaften_Orientierung/Flyer_Lehramtsumstellung.pdf

Merkblatt der AG Wahlen zu den dezentrale Urabstimmungen im SoSe 14:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Formulare/Merkblatt_Urabstimmung.pdf

(Vorfassung ohne Layout; Inhalt stimmt aber)

Merkblatt der AG Wahlen zu den Fachschaftsratswahlen im SoSe 14:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Formulare/Merkblatt_FSR-Wahl.pdf

(Vorfassung ohne Layout; Inhalt stimmt aber)

und die StuRa-Seite zu den Studienfachschaftswahlen/-satzungsurabstimmungen:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/fachschaften/studienfachschaftssatzungen/>

StuRa-Infolyer – noch in Überarbeitung:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/StuRa-Ersti-Info.pdf>

Anlaufstellen – noch in Überarbeitung:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Fachschaften_Orientierung/Flyer_Beratungsstellen.pdf

bitte denkt dran, Gremientermine, Vortreffen etc. ins SoFo einzutragen

Wenn ihr nicht (mehr) wisst, wie es geht: meldet euch bei den StuRa-Referent*innen oder kommt in den Sprechstunde der Referate oder des Bürodienstes im StuRa-Büro vorbei, wir erklären es euch gerne!

Termine, die dort eingetragen werden, werden auf der StuRa-Homepage aufgelistet und mit dem Terminschlagzeiler verschickt am Mittwochmorgen.

Antragshilfen für die StuRa-Sitzung

Es gibt jetzt Formulare, die bei der Antragstellung im StuRa helfen sollen, bitte berücksichtigt sie bei der Antragstellung. Ihr findet die Formulare hier unter „Antrag stellen“:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/studierendenrat/stura-sitzung/>

Korrektur im Protokoll vom 11.02.:

Bei TOP 2 wurde ein Abstimmungsergebnis falsch wiedergegeben, statt einer Enthaltungsmehrheit lag eine Ablehnung vor, das wurde beim Fertigstellen bemerkt und korrigiert.

Terminplanung StuRa-Sitzungen bis 2015

Wir müssen die StuRa-Sitzungen bis 2015 planen. Bitte mailt eure Anregungen und Ideen bis 10.

April an die Sitzungsleitung damit wir sie bei der weiteren Planung berücksichtigen und uns in der StuRa-Sitzung am 15.4. hierüber austauschen können.

Wir sollten auch darüber nachdenken, wieviele Sitzungen wir in der vorlesungsfreien Zeit machen wollen.

nächste StuRa-Wahlen

Macht euch bitte auch schon einmal Gedanken darüber, wann die nächste StuRa-Wahl stattfinden soll - dieses Sommersemester oder erst im Wintersemester? Auch hierzu bitten wir um erste Ideen und Überlegungen bis 10.4.

Wer kann sich ums Dschungelbuch kümmern

Das ist das Dschungelbuch:

http://dschungelbuch.stura.uni-heidelberg.de/index.php/Studentische_Groupen_und_Initiativen

Das Dschungelbuch ist, seit es auf eine Übersicht über Hochschulgruppen und studentische Initiativen reduziert wurde, relativ "pflegeleicht" geworden, hat dadurch aber Bedeutung als "der" Ort, an dem man alle Initiativen und Gruppen der Uni Heidelberg findet.

Warum gibt es Dschungelbuch? Wir machen das, weil wir die Studierendenvertretung sind und studentischen Gruppen und Initiativen die Gelegenheit geben wollen, sich selber vorzustellen und zwar an einem Ort, an dem sie von möglichst vielen Studierenden gefunden werden. Außerdem wollen wir auch bei Bedarf wissen, wo wir suchen können und wohin man Studierende verweisen kann.

Allerdings sollte sich jemand ums Dschungelbuch kümmern. Was ist zu tun? Hin und wieder - im Schnitt alle zwei Monate eine - kommen Anfragen nach Aufnahme ins Dschungelbuch. Hin und wieder – vielleicht eine im halben Jahr - kommen Anfragen, wenn Leute Probleme mit irgendwelchen Einstellungen oder Formatierungen haben. Hin und wieder - vielleicht ein- bis dreimal im Quartal - taucht eine Gruppe auf, die man auf die Dschungelbuchliste hinweisen kann und anregen kann, sich dort einzutragen.

Was man konkret tun muss, ist die Mails (vielleicht maximal fünf im Monat – inklusive Spam) beantworten, ggf. an die StuRa-EDV weiterleiten, ggf. selber kleine Änderungen vornehmen (manche Gruppen haben eigentlich nur einen Link hinterlegt in ihrem Eintrag und kein eigenes Login bzw. vergessen es immer, dann muss man halt, wenn sie sich melden, den Link ändern und der Eintrag stimmt wieder für die nächsten drei Semester). Wenn man dann hin und wieder guckt, dass die Reihenfolge der Einträge weiterhin alphabetisch ist, war es das eigentlich schon,

um die Seite soweit aktuell zu halten. Man kann auch drüber nachdenken, evtl. mehr zu machen. Wir bräuchten jetzt jemanden, der/die sich um den laufenden Betrieb und die Mails und so kümmert, am besten zwei oder drei Leute, die dran bleiben und vielleicht hin und wieder ein bisschen mehr machen.
Wer hat Interesse?

Der StuRa ist Mitglied im DAAD

Wie ihr dieser Liste entnehmen könnt, war die Studierendenschaft der Uni Heidelberg Mitglied im DAAD, dies war uns bisher entgangen:

https://www.daad.de/portrait/struktur/mitglieder/Mitgliederverzeichnis_Stand_Julii_2013.pdf

Die Mitgliedschaft der Studierendenschaft besteht auch nach der Einführung der VS weiterhin – da ja die Studierendenschaft (und nicht die FSK) Mitglied war. Dies bedeutet einen Mitgliedsbeitrag von 50 Euro im Jahr (dieser wurde uns seit 1977 erlassen wurde, da wir keine eigenen Mittel als Studierendenschaft hatten). Jetzt rückwirkend auszutreten wäre schwer machbar. Außerdem hat die Uni Heidelberg traditionell einen hohen Anteil an internationalen Studierenden und viele DAAD-Stipendiat*innen. Daher hat die Referatekonferenz beschlossen, die DAAD-Mitgliedschaft für dieses Jahr aufrechtzuerhalten und die 50 Euro zu zahlen. Das Referat für internationale Studierende möge sich dann informieren und der StuRa dann über einen möglichen Austritt oder die Beibehaltung der Mitgliedschaft beraten.

Das neue LHG ist am 28.3. in Kraft getreten:

http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/gesetze/LHG/14_02_04_Landtagsfassung_3__HR%C3%84G.pdf

Einen Kommentar dazu findet ihr auch hier:

<http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/bawue.php#gebuehren2014>

und auf der StuRa-Homepage gibt es eine alte FSK-Meldung dazu:

<http://www.stura.uni->

[heidelberg.de/nachrichten/?tx_ttnews\[year\]=2013&tx_ttnews\[month\]=10&tx_ttnews\[day\]=17&tx_ttnews\[tt_news\]=580&cHash=c0efb44d84363103d769d5eae8c59f3a](http://www.stura.uni-heidelberg.de/nachrichten/?tx_ttnews[year]=2013&tx_ttnews[month]=10&tx_ttnews[day]=17&tx_ttnews[tt_news]=580&cHash=c0efb44d84363103d769d5eae8c59f3a)

4.2 Umzugspläne für URRmEL – Treffen am 2. April, 9:00

Es geht darum, dass die Container, in der die Fahrradwerkstatt "Urrmel" (Universitäre Radreparaturwerkstatt mit Eigenleistung) ein Arbeitskreis der bisherigen FSK und ein eingetragener Verein, untergebracht ist, nicht an ihrem bisherigen Standort INF 161 bleiben können. Ein Alternativstandort INF 706 ist bereits anvisiert. Es geht aber noch darum, ob, wie und wann das realisiert werden könnte und natürlich wie immer um Kosten und deren Finanzierung. Hierzu ist ein Gespräch geplant, initiiert von Frau Arnold aus dem Baudezernat, mit Demi, dem Urrmel-Vorsitzenden, dem Studentenwerk, Univerwaltung und der VS. Das Treffen ist am 2. April um 9:00, INF 674.

Unsere Position im StuRa ist dazu bisher, dass es nicht sein kann, dass die VS dafür zahlt, dass das Klinikum ein Parkhaus baut - wir gehen davon aus, dass der Bauträger die Umzugskosten übernimmt und nicht die VS. Das ist auch die Position von URRmEL. Wer kommt mit zu dem Gespräch?

Mehr Informationen zu Urrmel findet ihr auf der Homepage und in den Rechenschaftsberichten:

<http://urrmel.uni-hd.de/jahresberichte/jahr13.pdf>

<http://urrmel.uni-hd.de/jahresberichte/>

<http://www.urrmel.uni-hd.de/>

Das Treffen fand am 2.4. statt, beim Infotreffen am 1.4. wurde darauf hingewiesen.

4.3 Bericht von der Konferenz gegen Hochschulkürzungen und Unterfinanzierung vom 4.-6.4. in Halle an der Saale

von: Ben

Die Konferenz in Halle ruft zum Bildungsstreik 2014 auf. Sie war sehr gut besucht (ca. 80/90 Studierende aus 13 Bundesländern) und konstruktiv.

Hintergrund sind die teils sehr massiven Hochschulkürzungen in vielen Bundesländern, die teilweise zu Fakultäts- und Institutsschließungen sowie zum massiven Abbau von Studienplätzen führen (sollen). Baden-Württemberg geht es noch, abgesehen von den Musikhochschulen relativ gut.

Es waren ganz unterschiedliche Sichtweisen vorhanden, über die Ausrichtung wurde in mehreren Arbeitsgruppen intensiv und sachlich diskutiert. Dennoch war eine große Einigkeit vorhanden, dass es an der Zeit ist, bundesweit aktiv zu werden. Deshalb hat es mich sehr gefreut, dass die Resolution, die ich mit drei anderen nachts noch (nach Mandatierung der AG Resolution mit ausgehandelten Konsenslösungen zwischen ca. 25 Menschen) ausgearbeitet habe, am Sonntag in großer Einigkeit und nach ein paar Änderungen verabschiedet wurde.

Ich fände es sehr gut, wenn der StuRa die Proteste unterstützt, sich solidarisch zeigt und vielleicht auch lokale Aktionen vor Ort organisiert. Dafür bieten sich auch aktuelle BW-Themen wie die Kürzungen, die mit den Musikhochschulen beginnen und mit Herannahen der Schuldenbremse auch Hochschulen und Universitäten erreichen werden, die bereits bestehende Unterfinanzierung der Hochschulen allgemein oder auch die prekäre Lage von einigen Instituten in Heidelberg an.

Geplant Aktionen im Sommersemester um den 20. Mai (Termine nachtragen)

Themen: Kürzungen, Kooperationsverbot, Schuldenbremse, Breitenförderung (BAföG), mehr über die Links

9.11. 5. Folgekonferenz in Frankfurt.

Hier noch weiterführende Links:

Resolution, die auf dem Plenum in Halle beschlossen wurde: <<https://www.stura.uni-halle.de/aktionsbuendnis/konferenz-von-studierendenvertretern-aus-13-bundeslaendern-ruft-zum-bildungsstreik-2014-auf/>>

Ausführliches Protokoll-Pad des Wochenendes: <<http://toese.titanpad.com/20?>>

Eine Auswahl an Presseresonanz:

Mitteldeutsche Zeitung: <<http://www.mz-web.de/campus/proteste-gegen-hochschul-kuerzungen--bildungsstreik-2014--geht-von-halle-aus,20641608,26768588.html>>

Junge Welt: <<http://www.jungewelt.de/2014/04-07/032.php>>

Kölner Stadt-Anzeiger: <<http://www.ksta.de/newsticker/studenten-rufen-zum--bildungsstreik-2014--auf,15189532,26768344.html>>

Es gab auch eine dpa-Meldung. Also dürfte auch in vielen (Offline-)Medien dazu etwas gestanden haben.

Nachfragen:

- Womit hängen die Kürzungen zusammen? Wie wirkt sich Kooperationsverbot aus?

Antworten: Bund kann sich nicht an der Grundfinanzierung beteiligen. Nur an Sonderprogrammen, die aber nicht in die Grundversorgung fließen können. Bezüglich der Kürzungen: Länder haben Geldprobleme. Sie müssen die Schulden bis 2020 abbauen, Studierendenzahlen sinken nicht,

bestimmte Fachbereiche haben aber auch keine Drittmittel, da nicht wirtschaftsnah. Dies führt zu den Kürzungen.

4.4 TERMINE: Gremien, Treffen, AGen, Vortreffen

Was?	Wann?	Wo?	Weitere Infos/Vortreffen
AK Lehramt	jeden Donnerstag um 14:45	StuRa-Räume Sandgasse 7	INF
StuRa-Sitzung	01.04., 19:00 Uhr	Albert-Ueberle-Straße, 3-5	
Urmel-Treffen	2.4., 9:00	INF 674	
Treffen wegen cfigs	2.4., 18:00	Stura-Räume, Sandgasse 7	Vgl. TOP Ausschreibungen 7.10
Sonder-Refkonf wg. Mandatierung Semesterticket-Verhandlungen	3.4., 18:00		
Refkonf	08.4., 19:00 Uhr	ZFB	
Die nächste LAK-Sitzung	So, 13.1, ab 12 Uhr	Hochschule Offenburg	
fzs-Mitgliederversammlung	vom 11.-13. April	an der TU Dortmund	
AGSM	Mo, 14.4., 16:00 – 17:30	Alte Uni	Vgl. TOP 9.2
StuRa-Sitzung	Di, 15.4., 19:00 Uhr	Albert-Ueberle-Straße, 3-5	
StuRa-Sitzung	Di, 22.4., 19:00 Uhr	Albert-Ueberle-Straße, 3-5	
AGSM	Mo, 19.5., 16:00 – 17:30	Alte Uni	
AGSM	Mo, 16.6., 16:00 – 17:30	Alte Uni	
AGSM	Mo, 14.7., 16:00 – 17:30	Alte Uni	

Weitere Termine:

Wahlausschuss: Fr, 4.4., 12:00

Finanztreffen: Fr, 4.4., 16:00

SAL: 15.4.

Senat: 8.4.

Hinweise zur Gremienarbeit

Informationen zu Gremien findet ihr auf der StuRa-Seite:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/gremienarbeit/>

Gremientermine findet ihr auch hier:

<http://sofo.tfiu.de/list?nDays=0&tag=gremien&title=Gremientermine>

Vortreffen für Gremien findet ihr hier:

<http://sofo-hd.de/list?nDays=30&tag=vortreffen&title=&style=>

TOP 5: Schlichtungskommission

Es gab einen Einspruch gegen die Einberufung von StuRa-Sitzungen. Die Schlichtungskommission hat hierüber beraten und eine Stellungnahme vorgelegt. Die Sitzungsleitung hat eine Antwort darauf verfasst. Die Texte wurden an die StuRa-Mitglieder verschickt und finden sich im Anhang dieser Sitzungsunterlagen bzw. bereits bei den der Unterlagen der 8.Sitzung.

Es gibt Handlungsbedarf. Auf dem Infotreffen am 01.04. wurde auch schon darüber gesprochen (vgl. Bericht vom Treffen in der Anlage)

Kommentar der SchliKo: Es gab eine E-Mail der Sitzungsleitung an die SchliKo. Die Schlichtungskommission greift den Vorschlag auf, dass es ein Treffen mit Herrn Treiber geben soll, um dann in der Sache eine gute Lösung zu finden. Dann evtl. Arbeitstreffen und Änderungen erarbeiten. Diskussion in großer Runde macht keinen so großen Sinn, besser in kleiner Runde vorbereiten und dann nochmal im StuRa vortragen.

TOP 6: Semesterticket

6.1 Berichte über die Entwicklungen bis 4. April

(a) NVBW Treffen 11.03.2014 zum landesweiten Semesterticket

Neben der NVBW waren noch weitere Verkehrsbetriebe wie die HNV und VRN, als auch die DB Regio vertreten.

Die Studentenwerke haben den Geschäftsführer von Ulm als Vertretung geschickt.

Die Verkehrsbetriebe hätten bis Ende 2013 den jeweiligen VSen Zahlen für ein Soli-Ticket vorlegen sollen, dies wurde nicht getan, da man befürchtete die Studierenden würden zur Presse gehen, vollkommen durchdrehen und am Ende die Leute von den Verkehrsbetrieben auf irgendeine Art und Weise grausam zu Tode bringen.

Als Beweis für dieses mögliche Szenario wurde ein Artikel des RNZ vorgelegt, die über die schwierigen Verhandlungen zwischen den VSen in Heidelberg und der VRN berichteten, in denen um jeden Euro gestritten wird.

Die VVS erklärte uns wie das landesweite Semesterticket aussehen könnte, neben dem Modell aus NRW haben sie ein eigenes "bahnbrechendes" Modell für Baden-Württemberg erarbeitet.

Demnach würde man das bisherige Zwei-Komponenten Modell beibehalten und einfach das landesweite Soli-Ticket hinzufügen.

Somit wären die Hochschulen nicht gezwungen ein Soli-Ticket einzuführen.

Nach der Vorstellung sollten wir uns entscheiden, welches Modell wir bevorzugen würden, wir befanden, jede Hochschule solle selber entscheiden welches Modell sie haben wollen.

Das Fundament hatte aus unserer Sicht keinerlei Auswirkungen für ein landesweites Soli-Ticket.

Die DB Regio kann frühestens zum November eine Kalkulation liefern, erst dann kann man den Preis für ein landesweites Soli-Ticket festlegen.

Gegen Ende der "Verhandlungen" kamen die Verkehrsbetriebe auf die Idee eines Vier-Komponenten Modells. Die Studierenden müssten nach diesem Modell nur zwei Sockelbeiträge bezahlen und können sich zusätzlich die jeweiligen Tickets kaufen.

Ein landesweites Soli-Ticket kann nur angeboten werden, wenn ca. 2/3 der Studierenden in BW dafür sind.

(b) Entwicklungen in Heidelberg bis 1. April

Am 25. März hätten wir eine Kalkulation vom VRN erhalten sollen, in der er seine generelle Preissteigerung (nicht bezogen auf das Semesterticket) um 3 Prozent begründet. Dies ist nicht geschehen. Der VRN erklärte uns sowohl telefonisch als auch schriftlich, dass es eine solche nicht gäbe. Es gäbe nur Protokolle, in denen alle Unternehmen des VRN sich auf eine Preiserhöhung einigen. Diese seien für uns jedoch nicht brauchbar.

Nun geht es lediglich darum, wie hoch der fixe Preisanstieg pro Jahr ausfallen soll. Das heißt, der VRN wird den Ticketpreis nicht zwischen 0 und 8 Euro jedes Jahr beliebig erhöhen können. Damit diese Fix-Anstiege moderat ausfallen und der Realerlös aus Sockelbetrag und den Ticketeinnahmen trotz der jährlich steigenden Kosten vergleichbar bleibt, haben wir dem VRN 4 Euro vorgeschlagen, auch da dies der durchschnittlichen Preissteigerung der letzten drei Jahre entspricht. Solange die Erlössteigerungsrate beim Semesterticket in den nächsten fünf Jahren etwas niedriger ausfällt, ist

dies auch vertretbar, da das Ticket in den letzten 15 Jahren im Preis um 6,2 Prozent jährlich gestiegen ist.

Um seine steigenden Kosten zu decken, wird der VRN unserer Meinung nach die 4 Euro auch in Zukunft bei einem maximal möglichen Preisanstieg nicht unterbieten. Der VRN möchte jedoch 5 Euro haben, da er ja sonst nicht mehr flexibel auf höhere Kosten reagieren kann. Daher liegt der mögliche Kompromiss aus unserer Sicht zwischen 4 Euro und 4,50 Euro Preisanstieg. Die Unzufriedenheit mit dem aktuellen Ticketpreis liegt schon jetzt bei 70 Prozent, wie aus der Umfrage hervorgegangen ist. Bei 4,50 Euro sieht es so aus, als hätten wir den möglichen Anstieg von 8 Euro pro Jahr fast halbiert. Zudem ist das Modell eines fixen Preisanstieges für den VRN sehr attraktiv: Er muss sich so nicht mehr für die Preisanstiege rechtfertigen, da diese vorgegeben ist. Der Vorteil für die Studierenden: Sie wissen, was das Ticket in den nächsten Jahren kosten wird, es ist transparent und nachvollziehbar.

Kommunalpolitische Unterstützung für den optionalen Ticketpreis

Wie der VRN bestätigt hat, erhält er vom Land Baden-Württemberg 8,5 Millionen Euro Zuschüsse für das Semesterticket in Mannheim und Heidelberg. Von diesen 8,5 Millionen Euro fließen allein 2,9 Millionen Euro Zuschüsse pro Jahr an den RNV und die Stadt Heidelberg. Die Kostendifferenz zwischen einem Ticketpreis, der jährlich um 4,50 Euro steigt gegenüber einem, der um 5 Euro steigt, beträgt für den VRN bei der aktuellen Nutzerquote circa 55.000 Euro pro Jahr über die gegebene Vertragslaufzeit. Diese 4,50 Euro wären jedoch ein Angebot, dass der StuRa den Studierenden noch am ehesten mit viel gutem Willen aktiv empfehlen könnte. Dies würde der Stadt Millionenbeträge sichern. (Zu den Zuschüssen kommen noch Einnahmen aus Sockelbeträgen und den Ticketerlösen hinzu).

Daher hat die CDU in einer gemeinsame PM erklärt, dass sie sich kommunal dafür einsetzen werden, dass der VRN und die Stadt Heidelberg gemeinsam diese Differenz begleichen. Die Grünen haben uns ebenfalls inhaltlich unterstützt, wollen sich aber bisher nicht für finanzielle Mittel einsetzen.

Probleme und Perspektiven bei der Abend- und Wochenendregelung

Zudem sollte uns eine Kalkulation für die Abendregelung vorgelegt werden. Hierzu gibt es einige Anmerkungen: Die Heidelberger Abendregelung, die auch Mannheim angeboten werden soll, hat für den VRN einen Wert von 13,84 Euro. Dies spielt für uns allerdings keine große Rolle. Der Preis würde nur so drastisch angehoben werden, wenn die Urabstimmung in Mannheim am 01./02. April ein positives Votum für eine solche Regelung in Mannheim ergibt. Dann, sagt der VRN, müssten die Studierenden beider Hochschulen schließlich den selben Preis von 13,84 Euro zahlen. Die Umfrage und alle Anzeichen in Mannheim deuten jedoch darauf hin, dass in Mannheim nur sehr wenige eine solch teure Mannheimer Abendregelung befürworten würden. Damit greift der Bestandsschutz für unsere Leistung. Voraussichtlich wird also die Heidelberger Abendregelung weiterhin nur 5 Euro kosten. Irritierend ist dabei jedoch, dass der VRN plötzlich 5,87 Euro für die Heidelberger Abendregelung veranschlagt, obwohl das nie zur Debatte stand, weil sie nun preislich an die Preissteigerung der letzten 5 Jahre angepasst werden soll. Vor allen Dingen ist dies auch etwas, dass so im ersten Vertragsangebot nicht festgelegt wurde, da der Preis hierfür eben nicht steigen sollte. Zudem wird der Sockelbetrag schon um 3,30 Euro ohne jegliche Mehrleistung erhöht. Nach Plänen des VRN sollen es nun sogar 4,17 Euro sein. Dies werden wir am 04. April mit allen Mitteln versuchen zu verhindern.

Die verbundweite Abend- und Wochenendregelung soll laut VRN 19,52 Euro kosten. Diesen Preis kann noch deutlich gesenkt werden. Der VRN sollte daran sogar selbst Interesse haben. Mit einer Heidelberger Abendregelung für 5 Euro macht der VRN nach eigenen Angaben 8,84 Euro Minus.

Wir haben dem VRN vorgeschlagen, dass eine verbundweite Abend- und Wochenendregelung 11,50 Euro kosten sollte. Damit würde er sogar weniger Minus machen als bisher mit der Heidelberger Abendregelung. Demnach müsste der VRN Interesse daran haben, den Preis deutlich zu senken, wenn dafür eine verbundweite Abendregelung möglich ist. Er würde zudem die aus seiner Sicht zu billige Heidelberger Abendregelung los, weil es mit einem günstigeren Angebot wahrscheinlicher wäre, dass die Studierenden diesem zustimmen.

Sollten die Mannheimer Studierenden einer Mannheimer Abendregelung nichtsdestotrotz zustimmen, haben wir als StuRa folgendes ernsthaftes Problem: Der Sockelbetrag würde insgesamt um fast 12 Euro steigen, ohne Mehrleistung. In diesem Fall muss weiteres Vorgehen in Bezug auf die Urabstimmung neu diskutiert werden, denn dann könnte das Angebot einer verbundweiten Abendregelung an Attraktivität gewinnen.

(c) Mandatierung des Verkehrsreferats für die letzten Verhandlungen am 04. April durch die RefKonf

Eigentlich sollte der StuRa am 1. April in einem Dringlichkeitsantrag über die Mandatierung für diese Verhandlungen beschließen. Da der StuRa nicht beschlussfähig war, hat die Referatekonferenz auf Grundlage der Beratungen beim Infotreffen am 1. April in ihrer Sitzung am 3.4. folgende Mandatierung für die Verhandlungen am 4. April beschlossen:

Nur bis zu einem Angebot von 4,30 Euro Preiserhöhung pro Jahr des optionalen Ticketpreises und einer einmaligen Sockelbetragerhöhung wird der Studierendenrat sich positiv gegenüber dem endgültigen Vertragsangebot äußern und sich aktiv für eine Annahme einsetzen. Sollte das endgültige Vertragsangebot höher ausfallen, ist dies nur nach einer erneuten Aussprache möglich. In jedem Fall wird durch Informationsveranstaltungen (Urversammlungen nach der Organisationssatzung) über die anstehende Urabstimmung informiert. Sollte das Angebot den oben erwähnten Anforderungen nicht entsprechen, wird der Studierendenrat vor allen Dingen auf die Folgen eines Scheiterns der Urabstimmung hinweisen und den Studierenden die damit verbundenen schwerwiegenden Folgen entsprechend benennen. Dies soll sicherstellen, dass die Studierenden das Semesterticket trotz eines schlechten Angebots durch den VRN nicht leichtfertig ablehnen.

Entspricht das endgültige Vertragsangebot den Anforderungen (also 4,30 Euro nach einer weiteren Debatte in der nächsten Woche) wird der StuRa sich aktiv für das Semesterticket einsetzen, einen engagierten Wahlkampf führen und hervorheben, dass das endgültige Angebot ein gutes ist.

6.2 Bericht für die Sitzung des StuRa am 8. April

(a) Verhandlungen mit dem VRN am 04. April.

a) Preis des optionalen Tickets

Die Referatekonferenz mandatierte das Verkehrsreferat auf Grundlage des Meinungsbildes der StuRa-Sitzung für 4,30 Euro Preisanstieg pro Jahr statt wie vom VRN verlangt 5 Euro und einer einmaligen Preiserhöhung des Sockelbetrages von 3,30 Euro für die gesamte Vertragslaufzeit. Im StuRa wurde besprochen, dass auch bei 4,50 Euro als realistischem Mindestziel eine positive Empfehlung des Studierendenrates für das Semesterticket in der Urabstimmung in Betracht kommt.

Die Verhandlungen mit dem VRN waren ernüchternd. Er bewegte sich kein bisschen auf die Studierenden zu. Die etwaigen Zuschüsse der Stadt Heidelberg wollte der VRN auch ablehnen, da er es aus Vertriebsgründen nicht machen könne, dasselbe Ticket zu verschiedenen Preisen anzubieten. Dies ist jedoch nicht richtig, er macht dies bei anderen Tickets und hat dies zum

Beispiel für ein Heidelberger Solidar-Ticket vorgeschlagen, das 5 Euro mehr als eines in Kaiserslautern gekostet hätte, obwohl es denselben Geltungsbereich umfasst.

b) Preis der Heidelberger Abendregelung

Den Studierenden der Universität Mannheim wurde eine Abendregelung für Mannheim wie Heidelberg angeboten. Die hätte jedoch 13,84 Euro gekostet. Wenn Mannheim dies angenommen hätte, hätte das auch für uns gegolten, weil der VRN beide Hochschulen gleich behandeln muss. Darüber gab es in Mannheim eine Urabstimmung. Die hat sich gegen die Abendregelung ausgesprochen. Der VRN versuchte trotzdem den Preis am letzten Verhandlungstag noch auf 5,87 Euro zu erhöhen und rechtfertigte dies mit der jährlichen Preissteigerungsrate in Höhe von 3,27 Prozent jährlich, die nach 5 Jahren circa 17 Prozent beträgt. Dies konnten wir verhindern.

c) Preis der verbundsweiten Abend- und Wochenendregelung

Der VRN errechnete hierfür einen Preis von 19,50 Euro. Wir haben 11,50 Euro als Preis vorgeschlagen. Bei einer Heidelberger Abendregelung für 5 Euro, die bei einem Wert von 13,84 Euro 8,84 Euro Minus für den VRN bedeutet, würde der VRN bei unserem Vorschlag daher weniger Minus machen. Der VRN war dafür jedoch gar nicht zugänglich. Der Preis für die verbundsweite Abendregelung wurde gar nicht gesenkt.

Insgesamt liefen die Verhandlungen mit dem VRN schlecht, da er sich auf nichts eingelassen hat.

(b) Gespräch mit OB Würzner, dem VRN, der RNV und verschiedenen Gemeinderatsfraktionen am 07.04

In diesem Gespräch ging es letztlich darum, ob die Stadt Heidelberg die Differenz zwischen 5 Euro Preisanstieg und 4,50 Euro Preisanstieg übernimmt. Die Fraktionen von CDU und Grünen sprachen sich dafür aus. Dies reichte jedoch nicht für eine Mehrheit. Im Vorfeld des Montags gab es daher auch Missverständnisse zwischen dem Verkehrsreferat und der SPD. Diese wurden am Sonntag, den 06.04., Abend durch einen Anruf von der SPD-Fraktionsvorsitzenden Anke Schuster endgültig ausgeräumt. Sie erklärte, dass die SPD in keinem Fall einen solchen Vorschlag im Gemeinderat blockieren würde. Damit war die Mehrheit im Gemeinderat gesichert. Ebenfalls enthalten werden sich die Bunte Linke. Die GAL und die FDP werden wahrscheinlich ebenfalls zustimmen.

Der VRN sorgte im Gespräch am Montag bei allen anderen Beteiligten für sehr viel Befremden. Anwesend waren Vertreter des VRN, die RNV, die CDU-Fraktion, die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen, die Bunte Linke sowie die FDP. Die Fraktionen von der CDU und der Grünen hielten ihr Wort und gaben ihre Zusage für Zuschüsse, damit der jährliche Preisanstieg von 5 Euro auf 4,50 Euro pro Jahr sinkt. Damit gab es eine Mehrheit im Gemeinderat. Unter der Prämisse, dass der Studierendenrat eben auf der Grundlage sich für eine Informationskampagne für das Semesterticket in der Urabstimmung entscheidet, bringt Herr OB Würzner dies am Donnerstag in den Gemeinderat ein. Es wurde anerkannt, dass wir einfach aufgrund der späten Konstituierung vor vier Monaten nicht viel mehr Zeit dafür hatten. Wir haben signalisiert, dass wir den StuRa heute von einer Zustimmung und Empfehlung in der Urabstimmung überzeugen können, da dies letzte Woche entsprechend diskutiert wurde und auch durch ein Meinungsbild zur Mandatierung durch die Refkonf bestätigt wurde. Der VRN hätte dies aus vertrieblichen Gründen fast scheitern lassen. Doch die RNV sicherte zu, dass sie diese Rabattierung auf den Endpreis durch die Gelder der Stadt Heidelberg im Onlineshop gewährleisten kann. Daher gibt es nur online diesen Preisnachlass.

(c) Preise der künftigen Jahre

Damit sieht der Preis in den kommenden Jahren wie folgt aus:

Sockelbetrag und Heidelberger Abendregelung (5 Euro): 25,80 Euro

Inklusive verbundweiter Abendregelung, falls die Studierenden in der getrennten zweiten Frage zustimmen: 40,30 Euro

Preise für das optionale Ticket:

WS14/15: 149,50 Euro

WS15/16: 154 Euro

WS16/17: 158,50 Euro

WS17/18: 163 Euro

WS18/19: 167,50 Euro

6.3 Diskussion um das weitere Vorgehen

Am 4. April fand die letzte Verhandlungsrunde mit dem VRN statt. Hierfür wurde das Verkehrsreferat von der Refkonf mandatiert (TOP 6.1 c).

Am 7.4. gab es in Anwesenheit der Fraktionen von CDU, Bündnis90/Die Grünen, FDP und Bunter Linken eine Einigung für 4,50 Euro Preisanstieg pro Jahr beim Semesterticket statt 5 Euro. Die Differenz wird die Stadt Heidelberg bezahlen, was so noch nie vorgekommen ist. Dadurch, dass uns am Sonntag Abend ein Anruf der SPD-Fraktionsvorsitzenden Anke Schuster erreichte, in der sie versicherte, so etwas in keinem Fall zu blockieren, war klar, dass es im Gemeinderat eine Mehrheit dafür gibt. Am Donnerstag wird der Gemeinderat das im Eilverfahren beschließen. Die Stadt gibt damit 270.000 Euro in fünf Jahren innerhalb von drei Tagen für die Studierenden aus. Das ist so noch nie vorgekommen und ein großer Erfolg Voraussetzung war, dass wir aufgrund der Gemengelage und des Meinungsbildes aus der letzten Woche gesagt haben, dass bei 4,50 Euro Preisanstieg pro Jahr und einer Sockelbetragserhöhung von einmalig 3,30 Euro der Studierendenrat einen Informationskampagne für die Annahme des Tickets machen wird und den Studierenden dies in der Urabstimmung empfiehlt.

Wir müssen morgen daher heute zwei Sachen beschließen:

1. Als Zeichen an den Gemeinderat: Die Empfehlung für das Semesterticket beschließen, dass der StuRa sich dafür ausspricht.
2. Und wir müssen die Urabstimmung selbst verabschieden. Der Zeitraum ist der 06. bis 09. Mai, danach müssen die Sockelbeträge feststehen, die jeder Studierende bis zur Rückmeldung zahlen muss.

Im Anhang findet ihr einen Bericht zu den Verhandlungen mit dem VRN und dem Gespräch vom 7.4. mit dem VRN sowie eine Begründung, wieso eine positive Empfehlung durch den StuRa im Rahmen der Urabstimmung sinnvoll ist. Die Urabstimmung selbst, also unseren Entwurf, erhaltet Ihr morgen. Das bereiten wir noch vor.

6.4 Beschluss über den Text der Urabstimmung (Dringlichkeitsantrag)

Der Entwurf für den Urabstimmungszeitel findet sich im Anhang. Die Urabstimmung soll vom 6. - 8. Mai stattfinden

Flyer sind ebenfalls in Planung, Öffentlichkeitsarbeit und Wahlzeitel sind strikt zu trennen, Suggestion zu vermeiden. Differenzierung des Sockelbetrags und der Abendregelung erklärt sich aus historisch gewachsenen Tatsachen. Diskussion verschiedener redaktioneller und klärender Änderungen zum ersten Entwurf des Wahlzeitels der Urabstimmung. Fragerunde.

Vorschlag auf Meinungsbild
DAFÜR: 20, DAGEGEN: 1

Meinungsbild: Streichung Abschnitt 'Das Vertragsangebot'
DAFÜR: 8, DAGEGEN: 20

Vorschlag der graphischen Aufbereitung: Diagramm auf großer Fläche neben Wahlkabine.

Antrag: Sämtliche Informationen aus dem Wahlzeitel entfernen:
DAFÜR: 3, DAGEGEN: Viele

Rechtliches bezüglich der Informationen und ihres Publikationsortes wird in der Folge geklärt werden, vorerst geht es um die Fragestellung. Veränderte Fragestellung ist aufgerufen, redaktionelle Anmerkungen: Sind die Fragestellungen widersprüchlich? Änderungsvorschläge sollen eingebracht werden.

Änderungsvorschlag: Frage 2: Ersetze „wenn der Vertrag zustande kommt“ durch „wenn der Vertrag wie in Frage 1 beschrieben zustande kommt“.

Anmerkung: Mannheimer Studenten die an der Uni HD immatrikuliert sind, brauchen an ihre Waben angepasste Stimmzeitel.

Vorschlag: Fragen möglichst kurz halten. Änderungen werden direkt eingearbeitet.

Nach Unterbrechung und dem Vorziehen diverser TOP: Diskussion der neuen Formulierungsvorschläge.

Vorschlag für Meinungsbild ob an Vorschlag 1 oder 2 weitergearbeitet werden soll → DAFÜR: 24; DAGEGEN: 0, ENTHALTUNGEN: 9 → Für das Meinungsbild

Vorschlag 1 Ein Grundbetrag, weniger differenziert → DAFÜR: 20 Stimmen

Vorschlag: 2 Trennung Abendregelung und Sockelbetrag → DAFÜR: 11 Stimmen

Enthaltungen (insgesamt): 5

→ Modell 1 wurde somit als Grundlage beschlossen
Verbesserungsvorschläge?

Vorschlag für weiteres Meinungsbild: Rückkehr zu ursprünglichen Fragen: DAFÜR: 10, DAGEGEN: 14 → Antrag auf Neuzählung der Stimmen

DAFÜR: 11; DAGEGEN: 16 → Immer noch Modell 1 als Grundlage

Antrag: Urabstimmung (Modell 1 als Grundlage) im Zeitraum 06.-08.Mai von 10-16 Uhr

→ **DAFÜR: 33, DAGEGEN: 0, ENTHALTUNGEN: 2 → BESCHLOSSEN**

6.5 Abstimmungsempfehlung des StuRa zur Urabstimmung (Dringlichkeitsantrag)

Der Studierendenrat möge beschließen:

Der Studierendenrat empfiehlt den Studierenden, bei der Urabstimmung über das künftige Semesterticket mit einer jährlichen Preissteigerung von 4,50 Euro pro Jahr und einer Erhöhung des Sockelbetrages um 3,30 Euro (einmalig, dann 20,80 Euro + Heidelberger Abendregelung 5 Euro) zuzustimmen. Diesen Preis gibt es exklusiv für die Studierenden an den Heidelberger Hochschulen, da die Stadt Heidelberg den Preisanstieg von 5 Euro pro Jahr auf 4,50 Euro pro Jahr noch einmal senkt. Er setzt sich aufgrund dieses außergewöhnlichen Engagements der Fraktionen und des Oberbürgermeisters in einer Informationskampagne dafür ein, dass eine Mehrheit der Studierenden diesem Angebot in der Urabstimmung zustimmt und wird darauf hinwirken.

Begründung:

Preiserhöhungen für Studierende als eine sozial benachteiligte Gruppe sind immer kritisch zu betrachten. Im Fall des Öffentlichen Personennahverkehrs sind sie jedoch für alle Gruppen der Gesellschaft unausweichlich. Dies liegt an der Inflation, steigenden Energiepreisen und Lohnkosten. Wenn man sich dieser Gegebenheit stellt, ergeben sich folgende Argumente, die das aktuelle Angebot sehr attraktiv erscheinen lassen:

1) Soziale Bedeutung des Semestertickets

Viele Studierende sind auf das Semesterticket angewiesen. Es ist das mit Abstand günstigste Angebot, wenn man den ÖPNV regelmäßig nutzen will. Wir haben in Heidelberg nun durch das Engagement der Stadt das günstigste Angebot für ein optionales Semesterticket im gesamten Verbundsgebiet erwirkt. Die Alternative ist das Maxxticket. Das kostet aber aktuell 233,40 Euro. Das sind im Vergleich zum Preis des Semestertickets im kommenden Wintersemester von 175,30 Euro inklusive Sockelbetrag und Heidelberger Abendregelung. Das sind 58,10 Euro Differenz, die besonders sozial Schwache, die auf das Ticket angewiesen sind. Dies gilt besonders für BaföG-Empfänger*innen.

2) Preissteigerung ist sehr moderat.

a) Prozentuale Betrachtung: Der prozentuale Preisanstieg beträgt bei diesem Angebot für die Studierenden 2,9 Prozent pro Jahr. In der aktuellen Vertragslaufzeit betrug sie 4,2 Prozent, in der vorletzten Vertragslaufzeit, belief sie sich sogar auf 8,7 Prozent. Dieses Angebot für die Studierenden liegt unter der allgemeinen tariflichen Anpassungsrate von 3,27 Prozent pro Jahr der letzten 5 Jahre. Die Verkehrsunternehmen veröffentlichen bundesweit ihre Preise im Schnitt um 3 Prozent zum Beispiel wegen der steigenden Energiepreise und Lohnkosten. Daher macht der VRN mit dieser Preiserhöhung real keinen Gewinn. Siehe Anlage 1

b) Betrachtung des jährlichen Preisanstieges in Euro inklusive Sockelbetragsenerhöhung

In der kommenden Vertragslaufzeit liegt der Preisanstieg bei 5,16 Euro pro Jahr inklusive Sockelbetrag. In der aktuellen lag er bei 6,24 Euro. In der Vertragslaufzeit davor sogar bei 9,70 Euro. Siehe Anlage 2

3) Deutliche Senkung der Preisobergrenzen auf einen deutlich geringeren Fixbetrag

Der VRN behielt sich im ursprünglichen Angebot vor, dass der Ticketpreis jährlich um bis zu 8 Euro steigen kann. Aus diesen 8 Euro wurden exklusiv für die Heidelberger Studierenden 4,50 Euro fix pro Jahr.

4) Transparenz

Bisher gab es für den Semesterticketpreis nur vage Obergrenzen, die der VRN je nach Marktsituation hätte ausreizen können oder nicht. Jetzt hat man einen Fixpreisanstieg für die Heidelberger Studierenden, das heißt der Ticketpreis ist für jedes der kommenden 5 Jahre für die Studierenden transparent. Zudem fällt der jährliche Preisanstieg deutlich geringer aus als in den letzten 9 Jahren.

5) Besonderes Engagment der Stadt Heidelberg

Das Vorgehen der Stadt Heidelberg durch den Gemeinderat, der am Donnerstag beschließen wird, durch Zuschüsse 4,50 Euro Preisanstieg ist singulär. Dies gilt vor allen Dingen mit Blick darauf, dass der Gemeinderat dies innerhalb von 3 Tagen tun wird und den Tagesordnungspunkt kurzfristig nach einem Gespräch auf die Tagesordnung setzt. Damit zeigt der Studierendenrat, dass er auch die Kommunalpolitik in Heidelberg beeinflussen kann. Das ist letztlich ein Riesenerfolg. Sollte der Studierendenrat sich nicht klar für das Ticket positionieren, könnten die Fraktionen ihre Zusage noch bis zum Donnerstag überdenken. Auf Grundlage der bisherigen Diskussion haben wir erklärt, dass wir den Studierendenrat davon überzeugen können, 4,50 Euro Preisanstieg pro Jahr den Studierenden zu empfehlen. Hierbei gilt es zu beachten, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass sich dies ohne Weiteres in 5 Jahren wiederholt.

6) Die Heidelberger Abend- und Wochenendregelung bleibt unverändert

Die Heidelberg Abend- und Wochenendregelung kostet weiterhin nur 5 Euro, mit der alle Studierenden nach 19 Uhr innerhalb von Heidelberg mit dem Studierendenausweis fahren können. Diesen Preis würde es bei einem Scheitern der Verlängerung und einem Aussetzen des Semestertickets nicht mehr geben. Die Mannheimer wollten eine ähnliche Abendregelung haben und hätten dafür 13,84 Euro bezahlen müssen. Wenn die Urabstimmung in Mannheim sich dafür ausgesprochen hätte, wäre der Heidelberger Preis auch auf 13,84 Euro gestiegen. Dies haben wir in den Verhandlungen abgewendet. Am letzten Verhandlungstag versuchte der VRN diesen Preis noch gemäß der jährlichen Preissteigerungsrate von 3,27 Prozent der letzten Jahre auf 5,87 zu erhöhen. Doch auch dies konnten wir verhindern. Damit hat der **Preis von 2004 weitere 5 Jahre Bestand.**

Nachfrage: Online- und Schalterpreis differenzieren: Am Schalter 0,50 Cent mehr → Studis können somit 270.000 Euro sparen, wenn sie die nächsten Jahre online kaufen

Anmerkung: Sollte man nicht Herrn Schmidts Entlassung fordern, da er ein schlechter Manager ist?
Antwort: Ist nicht ganz das Anliegen des Verkehrsreferats, denen geht es eher ums Ticket

DAFÜR: 29, DAGEGEN: 3, ENTHALTUNGEN: 4 → BESCHLOSSEN

TOP 7: Wahlen/Urabstimmungen/Kandidaturenaufrufe etc.

7.1 Aktueller Stand Wahlen Urabstimmung/Fachschaftsratswahlen

Wahlausschuss tagte am Freitag, 4.4., um 12:00

Mail vom 28.2. an alle FSen:

In diesem Sommersemester stehen noch einige Wahlen zu Fachschaftsräten und Urabstimmungen über Satzungen an, sicherlich seid ihr schon eifrig an der Vorbereitung.

Wir wissen jedoch in einigen Fachschaften noch nicht, für wann diese Wahlhandlungen geplant sind. Zur weiteren Planung möchten wir euch bitten, uns die Termine mitzuteilen. Wir gucken dann, ob sie machbar sind.

Für die Anmeldung der Termine haben wir zwei Anmeldeseiten gebastelt, die wir euch bitten, zu benutzen.

Zuvor könnt ihr euch anhand dieser beiden Merkblätter informieren - sie sind auch neben weiteren Informationen auf den Anmeldeseiten verlinkt:

Merkblatt der AG Wahlen zu den Fachschaftsratswahlen im SoSe 14:

- http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Formulare/Merkblatt_FSR-Wahl.pdf

Merkblatt der AG Wahlen zu den dezentrale Urabstimmungen im SoSe 14:

- http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Formulare/Merkblatt_Urabstimmung.pdf

Hier findet ihr die Seiten, über die ihr Wahl- bzw. Urabstimmungstermine anmelden könnt:

- <http://www.stura.uni-heidelberg.de/fachschaften/anmeldung-fachschaftsratswahl/>
- <http://www.stura.uni-heidelberg.de/fachschaften/anmeldung-urabstimmung/>

Wenn ihr Fragen habt: meldet euch und wir kommen auch gerne bei euch vorbei, wenn es sich einrichten lässt. Ihr erreicht uns jede Woche freitags zwischen 12:00 und 14:00 im StuRa-Büro.

Wir müssen überlegen, wann wir die nächsten StuRa-Wahlen durchführen – im Sommersemester oder im Wintersemester? Ideen und Überlegungen hierzu bitte an [situngsleitung@stura.uni-heidelberg.de](mailto:sitzungsleitung@stura.uni-heidelberg.de) und/oder wahlen@stura.uni-heidelberg.de, wir sammeln und machen dann daraus eine Vorlage für die nächste StuRa-Sitzung.

Es sind noch nicht alle Satzungen veröffentlicht. Dies liegt daran, dass wir aufgrund des Hinweises, dass es Einsprüche gibt, den Vollzug der Beschlüsse, vor allem die Veröffentlichung im Mitteilungsblatt des Rektors ausgesetzt haben. Nur die Beitragsordnung wurde am 28.2. veröffentlicht. Jetzt ist zwar klar, dass der Einspruch keine Konsequenzen hat, aber die zuständige Mitarbeiterin in der ZUV ist jetzt erst mal im Urlaub. Wir sind dran.

Es gibt jetzt eine Wahlenseite auf der StuRa-Seite:

<http://www.stura.uni-heidelberg.de/wahlen/>

Vorstellung durch Jan Marco.

Diskussion um den Wahlzeitraum in der nächsten Sitzung.

Warum legt man die StuRa-Wahlen nicht mit den Wahlen zu den Unigremien zusammen?

Hauptargument der Verwaltung: Verwechslungsgefahr. Aber: im LHG steht, dass die Wahlen gleichzeitig stattfinden sollten.

7.2 Aufruf zur Kandidatur für den Haushaltsausschuss

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Haushaltsausschuss.pdf

Der StuRa bestimmt gemäß § 32 seiner Organisationssatzung drei Mitglieder des Haushaltsausschusses.

Aufgaben des Haushaltsausschusses sind die Mitwirkung / Überprüfung des Haushalts-/Wirtschaftsplans sowie die Unterstützung der Rechnungsprüfung.

Die Amtszeit beträgt ein Jahr.

Es liegen keine Kandidaturen vor.

7.3 Aufruf zur Kandidatur für die Sitzungsleitung

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Sitzungsleitung.pdf

Hiermit rufen wir alle Interessierten zu Kandidaturen für die Sitzungsleitung auf. Der derzeitigen Sitzungsleitung gehören drei Personen an. Gemäß § 3, Absatz 1 der Geschäftsordnung des StuRa besteht diese „aus mindestens zwei, maximal sechs Personen. Eine Besetzung von vakanten Plätzen der Sitzungsleitung durch den StuRa ist innerhalb einer Legislaturperiode für deren Dauer möglich.“

„Die Sitzungsleitung eröffnet und schließt die Sitzung. Sie sorgt für einen geregelten Ablauf der Sitzung. Sie führt ihre Arbeit unparteiisch und sachgemäß aus.“ (§3, Absatz 3 der GO)

Es wird darauf hingewiesen, dass Mitglieder der Sitzungsleitung nicht dem StuRa angehören müssen.

Die nächsten Sitzungen des StuRa finden am 18.02.2014, 04.03.2014 und 01.04.2014 jeweils um 19:00 Uhr im Neuen Hörsaal der theoretischen Astrophysik, in der Albert-Ueberle-Straße, Heidelberg, Neuenheim statt.

Wendet euch bei Interesse bitte an:

[situngsleitung@stura.uni-heidelberg.de](mailto:sitzungsleitung@stura.uni-heidelberg.de)

Die Sitzungsleitung bietet an, sich in einem „Sitzungsleitungspraktikum“ über die Arbeit zu informieren.

Es liegen keine Kandidaturen vor.

7.4 Aufruf zur Kandidatur für den Wahlausschuss

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Wahlausschuss.pdf

Die Aufgabe des Wahlausschusses wird in der Wahlordnung wie folgt beschrieben:

"Der Wahlausschuss leitet die Wahlen und Urabstimmungen organisatorisch und technisch, bereitet sie vor und nach und führt über sie Aufsicht. Er prüft die eingereichten Wahlvorschläge und Kandidaturen. Er ermittelt und verkündet das Ergebnis der Wahlen."

"Der Wahlausschuss besteht aus einem/einer Vorsitzenden, einem Stellvertreter/einer Stellvertreterin und mindestens zwei weiteren Mitgliedern."

Die Wahlordnung findet ihr hier:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Wahlordnung_VS_UniHD.pdf

Die Wahlausschussmitglieder erwartet aufgrund der anstehenden Urabstimmungen und Fachschaftsratswahlen eine hohe Arbeitsbelastung. Die Tätigkeit erfordert Verantwortungsbewusstsein und große Sorgfalt, ist aber auch interessant und abwechslungsreich.

Formlose Kandidaturen sind an [situngsleitung@stura.uni-heidelberg.de](mailto:sitzungsleitung@stura.uni-heidelberg.de) zu richten. Die Kandidaturen sollten kurze Informationen dazu enthalten, wer ihr seid und was euch dazu bewegt, für den Wahlausschuss zu kandidieren.

Es liegen keine Kandidaturen vor.

7.5 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit / Kandidaturen

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/1/Beschluesse/Aufruf_%C3%96kologie_und_Nachhaltigkeit.pdf

Ausschreibung: Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit

Hiermit rufen wir alle Interessierten zu Kandidaturen als Referent*innen für das Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit auf.

Das Referat soll Koordinations- und Anlaufstelle für die verschiedenen Studierendengruppen und Bündnisse an der Universität Heidelberg sein, die sich in verschiedenster Weise mit den Themen Ökologie, Nachhaltigkeit und Umweltschutz auseinandersetzen (z.B. Appel und Ei, URRmEL, Grüne Hochschulgruppe, Greenpeace). Des Weiteren soll das Referat Ansprechpartner der Universität und des Studentenwerkes in den entsprechenden Bereichen sein.

Der Aufgabenbereich des Referats kann vom Studierendenrat erweitert oder anders definiert werden.

Begründung:

Trotz des selbstgewählten Wahlspruches „ZUKUNFT SEIT 1386“, ist die Universität Heidelberg auf dem Gebiet der Ökologie, Nachhaltigkeit und Umweltschutz alles andere als auf die Zukunft ausgerichtet, etliche Universitäten in Deutschland sind hier bereits viel weiter und schreiten mit positivem Beispiel voran, während das Thema „Ökologie“ an der Uni Heidelberg maßgeblich durch den Geldbeutel geregelt zu werden scheint. Natürlich ist der Blick auf das Konto hinsichtlich der Exzellenzinitiative und der komplizierten Beschaffung der Drittmittel

durchaus gerechtfertigt, jedoch scheinen andere Universitäten, wie beispielsweise Freiburg und Tübingen Nachhaltigkeit und Budget wesentlich besser vereinbaren zu können. Die Tatsache, dass lediglich eine Handvoll Studierende und vereinzelt einige Angestellte, Abteilungen und Institute versuchen, die Uni auf einen grüneren Zweig zu bringen, ist einer Uni von heute nicht mehr angemessen. Zwar gibt es seit einigen Jahren einen Umweltbeauftragten, seine Hauptaufgaben liegen jedoch in einem anderen Bereich. Ein Gesamtkonzept, das Ökologie und Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert einräumt, fehlt bislang. Hier soll das einzurichtende Referat für Ökologie mitwirken um diese Prozesse von Studierendenseite aus besser in Gang zu bringen und voran zu treiben.

Zurzeit muss die Arbeit auf etlichen Themengebieten geleistet werden. Gerade die flächendeckende Einführung von Recyclingpapier ist ein leidiges Thema, das schon seit Jahren diskutiert aber noch immer nicht umgesetzt wird.

Ein weiteres Papierprojekt ist derzeit der Ersatz von Papierhandtüchern durch Handtuchrollen, welche bereits in den meisten Instituten vorhanden sind. Durch eine Initiative der GHG, der Heidelberger Bürgerstiftung, des Umweltbeauftragten und dem Studentenwerk konnten während des letzten Jahres Boxen zur Sammlung von Althandys zwecks Recycling aufgestellt werden. Sie befinden sich in den Infocentren der Mensen und in der Unibibliothek. Diese Initiative ist zurzeit in ihrer Existenz bedroht und benötigt dringend weitere Unterstützung der Studierendenschaft. Auch im Bereich Ökostrom liegt ein großes Themenfeld vor auf dem das Referat aktiv werden kann. Gerade bei der anstehenden Neuaushandlung der Stromlieferungsverträge ist Engagement von Studierendenseite nötig.

Auch wenn sich das Studentenwerk ökologisch allmählich zu entwickeln scheint, sollte auch hier das Ökoreferat koordinierend und beratend wirken damit die Aktionen wie das Ausschicken von fair gehandeltem Kaffee, Limonade, Bio-Bier, das Anbieten von Lebensmitteln wie Kartoffeln, Reis und Nudeln in Bioqualität, das Biomenü in der Triplex oder auch der Veggieday vernünftig an die Studierenden zurückgekoppelt und evaluiert werden können.

Zudem soll das Ökoreferat die Bestehenden und auch zukünftige Gruppierungen, Initiativen und Bündnisse an der Universität Heidelberg unterstützen und beraten.

Langfristig besteht auch dringende Notwendigkeit die Lehre der Universität ökologischer auszurichten, auch hier kann ein Ökoreferat tätig werden.

An die erfolgreiche Arbeit des Ökoreferats der FSK kann hier durchaus angeknüpft werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass Referent*innen nicht dem StuRa angehören müssen. Die Kandidaturen können zu jeder Sitzung des StuRa eingereicht werden.

Die nächsten Sitzungen des StuRa finden am 04.03.2014, 01.04.2014 und 15.04.2014 jeweils um 19:00 Uhr im Neuen Hörsaal der theoretischen Astrophysik, in der Albert-Ueberle-Straße, Heidelberg, Neuenheim statt.

Wendet euch bei Interesse bitte an: [situngsleitung@stura.uni-heidelberg.de](mailto:sitzungsleitung@stura.uni-heidelberg.de)

(a) Kandidaturen von Ann-Katrin, Ricarda und Lisa-Marie für das Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit (2. Lesung)

Hiermit bewerben wir, **Ann-Katrin Fahl, Ricarda Lang und Lisa-Marie Zoller**, uns erneut

gemeinschaftlich für das Referat Ökologie, das wir bereits seit zwei Semestern ausüben durften.

Durch unsere jahrelange Tätigkeit in der Grünen Hochschulgruppe sind wir mit verschiedensten ökologischen Themen und Problemen im Umfeld der Universität sehr gut vertraut. Um die Nachhaltigkeit an der Universität zu verbessern, haben wir uns persönlich ausführlich mit Themen Ressourcenverbrauch und –Effizienz im Bereich Papier, mit sonstigem Bürobedarf, Reinigungsmitteln, Essensangeboten und Handy-Recycling befasst und konnten auch einige Erfolge erzielen. Außerdem stehen wir eng im Kontakt zu Studierenden, die sich mit Energiesparen und Ökostrom beschäftigen und weitere nachhaltige Projekte an der Universität planen.

Wir sind seit Jahren im regelmäßigen Austausch mit dem Umweltbeauftragten der Universität, mit dem wir beispielsweise umfangreiche Kriterien für die zukünftige Papierbeschaffung und Effizienzmaßnahmen erarbeitet haben. Auch die Einführung von Sammelstellen für alte Handys geht auf unsere Initiative zurück. Außerdem haben wir uns bei verschiedenen Themen mit der Verwaltung und der Universitätsleitung ausgetauscht.

Wir verfolgen das Ziel, dass die Universität ökologische Verantwortung übernimmt, wo immer sie dies auf vertretbare Weise tun kann. Das betrifft die Beschaffungsentscheidungen ebenso wie den dadurch entstehenden Aufwand. Wir sehen die Universität in der Pflicht, ihrer Rolle als zukunftsorientierter Bildungseinrichtung gerecht zu werden und ihren Studierenden ein gesundes und nachhaltiges Arbeits- und Lebensumfeld zu ermöglichen.

Ich, Ann-Katrin, studiere Biowissenschaften im 8. Semester und interessiere mich dabei besonders für Zoologie, Ökologie und Evolution. Ich bin Mitglied in verschiedenen Natur- und Umweltschutzorganisationen und unter anderem auch in der Grünen Hochschulgruppe aktiv. Ich, Lisa-Marie, studiere Geschichte im 16. Fachsemester, seit sechs Semestern auf Promotion. Bis zum Magister habe ich auch Anglistik studiert. Ich arbeite insbesondere zu gewachsenen globalen Zusammenhängen, was mein Interesse an Ökologie maßgeblich geprägt hat. Ich bin bei der Grünen Hochschulgruppe aktiv und darüber hinaus mit verschiedenen Umweltorganisationen und Initiativen, auch an anderen Hochschulen, vernetzt.

Ich, Ricarda, studiere Jura im 4. Semester. Seit Beginn meines Studiums bin ich in der Grünen Hochschulgruppe aktiv. Mir ist es wichtig, dass die Themen Ökologie und Nachhaltigkeit auch in den Gremien der Universität und der verfassten studierendenschaft eine Rolle spielen und mitgedacht werden.

Als Referentinnen für Ökologie möchten wir Ansprechpartnerinnen für Studierende sein, die Ideen, Probleme oder Beschwerden zu diesem Themenbereich haben. Wir wollen uns weiterhin für Nachhaltigkeit stark machen, indem wir Aktivitäten an der Universität mit ökologischen Dimensionen kritisch begleiten und uns im Interesse der Studierenden gezielt für ökologisch sinnvolle Maßnahmen einsetzen.

Wahlergebnisse (kein Stimmzettel ungültig): 34 Stimmzettel

Ann Kathrin 25 DAFÜR, 2 DAGEGEN, 7 ENTHALTUNGEN

Ricarda: 28 DAFÜR, 1 DAGEGEN, 5 ENTHALTUNGEN

Lisa Marie: 27 DAFÜR, 2 DAGEGEN, 5 ENTHALTUNGEN

→ alle drei wurden gewählt

7.6 Aufruf zur Kandidatur für das Kulturreferat

Ausschreibung: Referent*innen für das Kulturreferat

Hiermit rufen wir alle Interessierten zu Kandidaturen als Referent*innen für das Kulturreferat auf.

Das Kulturreferat soll studentische Kultur (Kultur für oder von Studierenden) fördern und ein zentraler Orientierungspunkt werden, an den sich kulturinteressierte Studierende wenden können. Unter studentische Kultur stehen beispielsweise studentische Theatergruppen, Ausstellungen (Malerei, Foto, Plastiken) oder Szenepartys von studentischen Minderheiten. Das Kulturreferat ist aber für alle kulturell-sinnvollen Ideen offen.

Warum brauchen wir ein Kulturreferat?

Beispielsweise lassen die Preise und Programme des Heidelberger Stadttheaters zu wünschen übrig. Es gibt Finanzierungsprogramme (z.B. Uni Mainz, PH-Karlsruhe), die Theaterbesuche deswegen wieder für Studierende attraktiver gestalten, weil sie eine Mitbestimmung beim Programm und Einblicke in das Arbeiten im Theater (Führungen, Vorträge, etc.) beinhalten. Dafür erhalten die dortigen Theater Gelder der Verfassten Studierendenschaften (alles nur als kulturelle Idee und Vorschlag).

In Zeiten wie diesen, in denen sich in studentischen Kreisen die „Poetry Slams“ immer größerer Beliebtheit erfreuen, wollen wir eine „offene Bühne“ für allerlei Talente bieten und keinem dem Reimzwang unterwerfen.

Studentische Kultur gehört gefördert, weil es zur Allgemeinbildung, Unterhaltung und Kontaktfläche beiträgt. Deswegen soll das Kulturreferat dies wieder in Schwung bringen und in Bewegung setzen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Referent*innen nicht dem StuRa angehören müssen. Die Kandidaturen können zu jeder Sitzung des StuRa eingereicht werden.

Die nächsten Sitzungen des StuRa finden am 04.03.2014, 01.04.2014 und 15.04.2014 jeweils um 19:00 Uhr im Neuen Hörsaal der theoretischen Astrophysik, in der Albert-Ueberle-Straße, Heidelberg, Neuenheim statt.

Wendet euch bei Interesse bitte an: [situngsleitung@stura.uni-heidelberg.de](mailto:sitzungsleitung@stura.uni-heidelberg.de)

(a) Kandidatur für das Kulturreferat von Tobias (2. Lesung)

Hallo liebe Menschen und studentischen Vertreter,

mein Name ist Tobias Kämp und ich studiere Geschichte und ev. Theologie. Ich war für vier Wochen Referent für das Referat Kultur und Sport (FSK) und führte die Aufgaben als AK Kultur weiter aus. Nachdem ich einen Leitfaden für das AK Kultur verfasst und die Einrichtung eines Referats für Kultur beantragt habe, möchte ich mich nun als Kandidat für das neu eingerichtete Kulturreferat bewerben.

Die Projekte, als auch der Leitfaden des AK Kultur werden übernommen. Ich würde mich als Kulturreferent darum bemühen das kulturelle Angebot breiter zu gestalten, studentisch organisierte kulturelle Veranstaltungen zu unterstützen und in Kooperation mit anderen Referaten größere Events zu planen.

Gerne stehe ich für Rückfragen zu den Projekten zur Verfügung.

Ich verbleibe
mit besten Grüßen,
Tobias Käp

persönliche Vorstellung erfolgte in der Sitzung.

(b) Kandidatur für das Kulturreferat von Melissa (2. Lesung)

Mein Name ist Melissa Schade, bin Studentin der Rechtswissenschaften im 3. Semester (auch im Fachschaftsrat) und werde in zwei Wochen 21 Jahre alt.

Aufmerksam wurde ich durch Lorenz, der uns die kurzen Steckbriefe über die einzelnen Referate im Fachchaftsmailverteiler rumgesendet hat. Darauf hin habe ich mich kurz mit Hannah beredet und von ihr auch die E-Mail Adresse von Tobias Käp bekommen. Ich habe mich auch schon mit ihm getroffen und über seine bisherige Arbeit und seine und meine Ideen geredet.

Ich würde mich freuen als Kulturreferentin mitwirken zu können, da ich einen Defizit im gebotenen Programm hier in Heidelberg sehe. Vor allem vermisse ich Programm von und für Studenten.

Nicht jeder möchte aus diversen Gründen sein Hobby zum Beruf machen (so ist es beispielsweise auch bei mir) und ich möchte denen die Teil haben wollen an "Heidelbergs junger Kultur" dies auch ermöglichen.

Warum ich glaube, dass ich dies auch kann ist u.a., dass ich auf einer Schule war wo wir unterstützt worden sind kulturelle Projekte selber zu organisieren und zu realisieren. In den drei Jahren die ich an der Akademie für Kommunikation verbrachte habe, hatte ich viel mit unseren Kulturhaus, dem Kommunalen Kino, dem Theater und der Stadt selber zu tun. Einige Projekte habe ich freiwillig in Angriff genommen oder auch gerne über die schulischen Grenzen hinaus weiter begleitet. Natürlich war es fast immer sehr stressig, es hat mir aber jedes Mal aufs neue den Horizont erweitert und unterm Strich hat es immer sehr viel Spaß gemacht :)

Ich würde mich über ein positives Feedback freuen! Schreibt mir doch bitte wie es weiter geht, da beispielsweise auf dem Steckbrief des Kultur Referats keine Fristen o.ä. wie bei anderen drauf stehen. Ich danke euch!

Liebe Grüße,
Melissa

Persönliche Vorstellung erfolgte ebenfalls in der Sitzung, cf. Schriftl. Vorstellung

Keine Fragen an die beiden Kandidat*innen.

Wahlergebnisse: 34 Stimmzettel (alle gültig)

Tobias: DAFÜR: 30, DAGEGEN: 0, ENTHALTUNGEN: 4
Melissa: DAFÜR: 34, DAGEGEN: 0; ENTHALTUNGEN: 0

→ Beide gewählt, Wahlen angenommen

7.7 Aufruf zur Kandidatur für das Referat für Lehre und

Lernen

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/1/Beschluesse/Aufruf_Lehre_und_Lernen.pdf

Hiermit rufen wir alle Interessierten zu Kandidaturen als Referent*innen für das Referat für Lehre und Lernen auf.

Das übergreifende Ziel des Referats ist die Unterstützung der Verfassten Studierendenschaft und der studentischen Gremienmitglieder bei der Verbesserung der Lehr- und Lernkultur an der Universität Heidelberg sowie einer allgemeinen Diskussion um die Verbesserung von Lernprozessen mit dem Ziel gesellschaftlich handlungsfähiger Subjekte. Hierzu beschäftigt sich das Referat insbesondere mit folgenden Themen, wobei es sich nicht um eine abschließende Aufzählung handelt:

- **Rahmenbedingungen für Lehre und Lernen:** Der (barrierearme) Zugang zu Lehr-/Lernressourcen wie Räumen und Materialien muss verbessert werden, ebenso die Unterstützung von Studierenden und Lehrenden in ihren je eigenen Lernwegen und in der ganzen Vielfalt unterschiedlicher Bedürfnisse.
- **Qualitätsentwicklung:** Die Qualität von einzelnen Veranstaltungen, aber auch von Studiengängen und -programmen muss gesichert sein. Dazu müssen Verfahren etabliert werden, welche die Qualität erfassen und stetige Verbesserungsprozesse ermöglichen. Dies passiert momentan über die Einrichtung des Qualitätssicherungssystem (QMS) heiQUALITY im Zuge der Systemakkreditierung. Das Referat engagiert sich daher auch im Bereich des QMS und der Systemakkreditierung.
- **Wissensvermittlung und -aneignung:** Dazu gehören Überlegungen zu *kompetenzorientiertem Lernen und Prüfen* sowie allgemein *alternativen Prüfungsformen, Modularisierung* in Studienprogrammen, *eigenverantwortlichem Lernen* und *Selbststudium*. Neben Überlegungen, was in diesem Bereich wünschenswert wäre, soll auch darauf hingearbeitet werden, dass diese Themen in den Gremien thematisiert und bei der Gestaltung des Lehrangebots und von Prüfungsordnungen und berücksichtigt werden.
- **Kritische Wissenschaft:** Die Universität hat nicht nur die Aufgabe, Wissen zu vermitteln, sondern auch die Aufgabe der kritischen Reflektion. Dies bedeutet, dass auch die Entstehung der eigenen Disziplin, deren Wissenschaftshistorie, theoretische Grundlagen und methodische Arbeitsweisen im Lehrangebot vorkommen und in der Forschungstätigkeit der Fächer eine Rolle spielen sollten. Das Referat soll die Verfasste Studierendenschaft und die Mitglieder in Gremien dabei unterstützen, Bewusstsein für diesen Bereich zu schaffen und Möglichkeiten der Umsetzung in Bezug auf Gestaltung von Studiengängen und Lehrangebot zu eruieren und eine solche Umsetzung schließlich auch zu fordern und herbeizuführen.
- **Stellenwert der Lehre an der Universität:** Der Lehre muss neben der Forschung an der Universität ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Das Referat erarbeitet Konzepte, wie dies umzusetzen ist und wirkt auf deren Umsetzung hin.
- **Lernendenorientierung und Mitbestimmung der Studierenden bei der Studiengestaltung:** Damit das Studium nachhaltig sein kann, muss in der Lehre auf die Bedürfnisse und Lernvoraussetzungen der Studierenden eingegangen werden ("*Lernendenorientierung*", "*student-centered learning*"). Gleichzeitig sind die Planung des Lehrangebots und die Entwicklung der Lehr- und Lernkultur in den Gremien gemeinsam mit Studierenden ein Beitrag zur thematischen Weiterentwicklung der Lehre und der Mitbestimmung an der Universität. Das Referat arbeitet (gemeinsam mit einem möglichen Referat für Gremien und Kommunikation) daran, dass die Lernvoraussetzungen der Lernenden berücksichtigt werden und Lernende (verstärkt) Mitbestimmungsrechte erhalten.
- **Öffnung der Hochschule:** Zur Öffnung der Hochschule gehören zum einen der tatsächliche Zugang zur Hochschule, also die Möglichkeit zur Immatrikulation, aber auch die

Barrierefreiheit innerhalb der Hochschule für alle Personen mit einer Hochschulzugangsberechtigung. Dies bedeutet für das Referat Lehre und Lernen konkret, dass es darauf hinarbeitet, dass sowohl die Zugangsmöglichkeiten zur Universität erleichtert werden, als aber auch im Besonderen, dass die Prozesse von Lehre und Lernen so gestaltet werden, dass sie auch für Personen aus bisher benachteiligten Gruppen (Behinderte und chronisch Kranke, Studierende mit Kindern, Teilzeitstudierende, Studierende aus Nicht-Akademikerhaushalten, Studierende aus dem dritten Bildungsweg, etc.) gut funktionieren. Das Referat arbeitet hierbei (falls vorhanden) mit den autonomen Referaten der betroffenen Gruppen, die sich selbst organisieren, zusammen.

- **Ausgestaltung vorgegebener Reformen**, wie etwa Bologna-Reform und Lehramtsreform.

Um seine Aufgaben zu erfüllen, trägt das Referat Informationen zu den genannten Themenbereichen für die Gremienmitglieder und Organe der Verfassten Studierendenschaft zusammen und unterstützt mit Positionierungsentwürfen den Diskussionsprozess und die Meinungsbildung der Studierendenschaft. Zur Erfüllung seiner Aufgaben arbeitet das Referat in Überschneidungsgebieten zusammen mit anderen Referaten sowie mit Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen, die sich mit verwandten Themen beschäftigen (z.B. AK Lehre und Lernen, AK Qualitätssicherungsmittel, AK Lehramt, autonome Referate, mögliches Referat für Gremien und Kommunikation).

Es wird darauf hingewiesen, dass Referent*innen nicht dem StuRa angehören müssen. Die Kandidaturen können zu jeder Sitzung des StuRa eingereicht werden.

Wendet euch bei Interesse bitte an: [situngsleitung@stura.uni-heidelberg.de](mailto:sitzungsleitung@stura.uni-heidelberg.de)

(a) Kandidatur Anna-Sophie (1. Lesung)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich studiere seit Oktober 2012 an der Ruprecht-Karls-Universität Geschichte (75%) und politische Wissenschaften (25%) auf Bachelor.

Es ist mir ein Anliegen mich in die Studentische Selbstverwaltung einzubringen und sehe meine Stärken im unterstützenden Zuarbeiten.

Ich möchte daher für das Referat Lehre und Lernen kandidieren.

Lehre und Lernen sind zwei Themenbereiche mit denen jeder Student/jede Studentin im Alltag zu tun hat. Studentische Mitarbeit ist deshalb besonders wichtig. Ich würde mich in diesem Bereich gerne engagieren um so daran mitzuwirken, dass das Studium an unserer Universität besser wird. Ich bin selbst ein Kind aus einer Nichtakademikerfamilie und möchte mich so einbringen, dass auch andere Nichtakademikerkinder sich gut im Studium zurecht finden können, auch wenn sie keine Hilfe von zu Hause bekommen.

Desweiteren ist es mir ein Anliegen, dass die Lehre einen höheren Stellenwert bekommt und der Studiungsverlauf besser auf die Fähigkeiten und Lerneigenheiten eines jeden Studierenden abgestimmt ist.

Mit freundlichen Grüßen
Anna-Sophie Nickel

Die Kandidatur liegt schriftlich vor, es gibt keine Nachfragen

(b) Kandidatur Fabian (1. Lesung)

Liebe Mitglieder des StuRa, liebe Studierende,

ich bewerbe mich auf das Referat für Lehre und Lernen mit dem Fokus auf Lehramtsthemen. Zurzeit engagiere ich mich im AK Lehramt und bin vom StuRa in die Steuerungsgruppe von PH und Uni delegiert worden, die die Lehramtsumstellung in Heidelberg vorantreibt. Zusätzlich wurde ich in den EPG-MPK-BWBS (Lehramtsbegleitstudium) Prüfungsausschuss gewählt. Ich kenne verschiedene Entwürfe von Lehramtsstudiengängen, u.a. weil ich in den ersten zwei Semestern in Hessen meine Fächer Englisch und Geschichte studiert habe. Mit anderen studentischen Mitgliedern lese ich für die Studienkommission der PhilFak geänderte Prüfungsordnungen und bewerte, ob sie studierbar sind. Als Referent möchte ich Bindeglied zwischen AK Lehramt, Steuerungsgruppe und Lehramtsstudierenden sein. Ich freue mich sehr über eure Zustimmung.

Fabian Kunz

Persönliche Vorstellung erfolgte in der Sitzung, siehe schriftl. Vorstellung, keine Fragen aus dem Plenum

7.8 Aufruf zur Kandidatur für die zentrale Qualitätssicherungsmittelkommissionen des Rektorats

Ausschreibung online:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_QuaSiMiKo.pdf

Ausschreibung Rektorskommission zur Vergabe der Qualitätssicherungsmittel (QuaSiMiKo)

Kandidaturfrist: 21.4., Vorstellung im StuRa: 22.4., Wahl: 6.5.

Zu besetzen: Zwei Mitglieder, zwei stellvertretende Mitglieder

Die Kommission tagt für gewöhnlich ein- bis zweimal pro Semester und entscheidet über die Anträge auf QuaSiMi aus dem zentralen Pool. Pro Semester fallen ungefähr 20 bis 25 Anträge an, die gemeinsam mit dem AK QuaSiMi bearbeitet werden (zum näheren Vorgehen s.

Positionierungsantrag Vorgehen zentrale QuaSiMi). Zusätzlich dazu findet in der Regel pro Semester eine Schiedskommissionssitzung statt, deren studentische Mitglieder in der Regel die Mitglieder der QuaSiMiKo sind.

Der Arbeitsaufwand tritt vor allem schubweise auf. Regelmäßige Teilnahme an den Treffen des AK Qualitätssicherungsmittelkommission sowie die Kommunikation mit anderen thematisch verwandten Arbeitskreisen, Studienfachschaften, anderen Kommissionsmitgliedern und weiteren peripher involvierten Personen bilden eine wichtige Grundlage der Arbeit in der Kommission.

<<<Kandidaturen sollen bitte bis zum 21.04. vorgelegt werden>>>

→ Georg kann sich vorstellen zu kandidieren, reicht die Bewerbung nach.

7.9 Ausschreibung Räume-Kommission

In der AGSM kam die Idee auf dass eine Gruppe gebildet werden soll die sich um Räumlichkeiten kümmern soll. Ideal wäre eine möglichst diversifizierte Aufstellung, Leute verschiedener Campi.

gesucht: 2 - 4 Personen

Die Räumekommission (Arbeitstitel) ist eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Raumsituation der Verfassten Studierendenschaft und der allgemeinen studentischen Raumsituation befasst. Geplant ist, im ersten Schritt die tatsächliche Raumsituation und den aktuellen Bedarf zu erheben und anschließend die Weiterentwicklung zu planen. Hierbei kann es darum gehen, z.B. Räume aufzugeben und andere zu nutzen oder sinnvolle Mehrfachnutzungen in Betracht zu ziehen, wo kein neuer Raum zur Verfügung steht.

Für die Anfangsphase ist eine Begehung aller Räume geplant, die von der ZUV als studentisch oder Fachschaftsräume erfasst sind.

Gesucht werden 2 - 4 Leute, die kontinuierlich im Team mitarbeiten und sich gemeinsam einen Gesamtüberblick verschaffen. Sie sollten zumindest grobe Erfahrungen in Fachschaftsarbeit haben, um die räumliche Situation vor diesem Hintergrund einordnen zu können.

Zusätzlich zu den Mitgliedern suchen wir Menschen, die als Kontaktpersonen für "ihre" Campi oder Institute den Mitgliedern der Räumekommission zuarbeiten. Wer zum Beispiel in Raumkommissionen vor Ort die Studierenden vertritt, könnte für das jeweilige Fach bzw. Gebäude die Mitglieder der zentralen Kommission beraten.

Informationen:

Hier eine grobe Übersicht über die studentischen Räume/FS-Räume, die seit 2010 erstellt wurde:

- http://agsm.fsk.uni-heidelberg.de/index.php/Fragebogen_zum_Thema_R%C3%A4ume_und_Fachr%C3%A4te_f%C3%BCr_die_Fachschaften

Die Übersicht der ZUV liegt uns noch nicht vor.

die FSK hatte eine allgemeine Positionierung zu Baumaßnahmen:

- http://www.fsk.uni-heidelberg.de/fileadmin/Intern/Protokolle_und_Beschluesse/2011/Positionierungen/P3-11-3_Kriterien_Baumassnahmen.pdf

Aus den letzten Jahren gibt es Überlegungen zu Räumen:

- <http://www.fsk.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Bildungsstreik/Freiraeume.pdf>
- http://agsm.fsk.uni-heidelberg.de/SR44XdX8dfh/b/ba/Raumkonzept_ZFB_Studivertretung.pdf

Der Text ist noch nicht vom Rektorat bestätigt, wir beginnen jedoch trotzdem die Ausschreibung, um Mitglieder der Kommission wählen zu können.

7.10 Ausschreibung Senatsausschüsse

Der StuRa ruft zur Kandidatur für unbesetzte studentische Plätze in 6 Senatsausschüssen auf. Die Senatsausschüsse sind beratende Ausschüsse des Senats. Weitere Informationen zu den Senatsausschüssen findet ihr hier: <http://www.stura.uni-heidelberg.de/gremienarbeit/senatsausschuesse/>

Die Mitglieder sollen die Sitzungen in Zusammenarbeit mit der Verfassten Studierendenschaft und anderen studentischen Gremienmitgliedern, insbesondere den Senatsmitgliedern, in offenen Treffen vor- und nachbereiten und Positionierungen der VS dort einbringen bzw. entsprechende Positionierungen herbeiführen. Die Kandidaturvorschläge, die der StuRa annimmt, werden den studentischen Senatsmitgliedern unterbreitet und im Senat abgestimmt.

Fristen:

Kandidaturen: bis spätestens 5. Mai

Vorstellung im StuRa: am 6. Mai, 19:00

Abstimmung im StuRa: am 13. Mai, 19:00

Senatssitzung: 20. Mai

Bewerbungen an: [situngsleitung@stura.uni-heidelberg.de](mailto:sitzungsleitung@stura.uni-heidelberg.de)

(a) Zentraler NC-Ausschuss:

zu besetzen: zwei Plätze

Der NC-Ausschuss wählt die Studierenden mit ausländischem Schulabschluss für die NC-Fächer aus. Die Vergabe dieser Plätze erfolgt nicht nach Noten, sondern nach "Passung" für den Ziel-Studiengang, da Ausbildungssysteme international nicht vergleichbar sind. Kenntnisse der ausländischen Bildungssysteme sowie der Anforderungen in den Ziel-Studiengängen sind daher hilfreich. Sitzungsdauer: ca 8 bis 9 Stunden im Wintersemester, im Sommersemester nur 2 bis 3 Stunden, da viele Fächer nur zum Winter zulassen.

(b) Senatsausschuss für Lehre (SAL):

noch zu besetzen: ein Platz

Der SAL berät alle Prüfungsordnungen der Uni Heidelberg, außerdem redet man dort auch über allgemeinen Fragen der Lehre. Der SAL gibt außerdem Empfehlungen für die Vergabe des Landeslehrpreises ab. Die Arbeit ist vorbereitungsintensiv, der SAL tagt in der Regel vor jeder Senatssitzung ein- bis zweimal (d.h. ca. alle fünf Wochen oder so), Sitzungsdauer: zwei bis drei Stunden; Vorbereitung: sechs bis zehn Stunden. Insgesamt hat der SAL vier studentische Mitglieder und stellv. Mitglieder, die im Team arbeiten. Weitere Informationen zum SAL erhaltet ihr bei den SAL-Studierenden: sal@stura.uni-heidelberg.de

(c) Senatsausschuss für Gleichstellungsfragen:

noch zu besetzen: ein Platz

Der Gleichstellungsausschuss verabschiedet Empfehlungen zur Gleichstellung und redet über damit zusammenhängende Themen, er tagt ca. 1x pro Semester.

(d) Mathematisch-Naturwissenschaftliche Gesamtfakultät:

noch zu besetzen: zwei Plätze

Die NatMatGesFak berät z.B. Änderungen der Habilitations- und Promotionsordnungen der betroffenen Fakultäten, die Vergabe von Preisen und die Terminierung von Promotionsfeiern. Sie tagt 3 - 4 mal im Semester.

(e) Gemeinsame Kommission Transkulturelle Studien (GKTS):

gesucht: zwei Personen

Für die GKTS werden vor allem Studierende aus den direkt betroffenen Studiengängen gesucht, insbesondere aus den Transkulturellen Studien. Bisher hat die GKTS zwei studentische Mitglieder aus der Ethnologie und Religionswissenschaft. Wenn wir zwei weitere interessierte Personen finden, könnten wir eine Vertretungsregelung beantragen und somit mehr Studierende beteiligen. Es wäre hierbei gut, wenn auch jemand, der/die Transkulturellen Studien studiert, Mitglied in der GKTS wäre. Weitere Informationen erhaltet ihr bei den GKTS-Studierenden: gkts@stura.uni-heidelberg.de

(f) Council for Graduate Studies (CFGs):

gesucht: zwei Promotionsstudierende aus den Lebens- und Sozialwissenschaften

Die Promotionsstudierenden im CFGs repräsentieren vier "Kulturen" der Universität. Derzeit ist nur der Platz für die Geisteswissenschaften besetzt, für die Naturwissenschaften gibt es eine Kandidatur. Gesucht werden Promotionsstudierende aus den beiden Bereichen Lebens- und Sozialwissenschaften

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_Senatsausschuesse.pdf

(g) Kandidaturen für die Senatsausschüsse:

Kandidatur Stefan (NC-Ausschuss, SAL)

Ich bewerbe mich hier für den Senatsausschuss SAL sowie für den zentralen NC-Ausschuss. Ich studiere Rechtswissenschaften in Heidelberg. Bereits eine abgeschlossene Ausbildung zum

Justizfachangestellten, beim Amtsgericht Heidelberg, kann ich vorweisen.

Ein Grund für meine Kandidatur ist die Einsicht in die Arbeit des STURA. Ich möchte die vielseitige Arbeit des STURA unterstützen. Zurzeit arbeite ich in einer Förderschule, als Nachhilfelehrer, mit einigen Ausländern zusammen.

Ich würde mich über eine erfolgreiche Kandidatur in den jeweiligen Ausschüssen freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Tischer

Weitere Kandidaturen liegen in der Sitzung nicht vor.

7.11 Ausschreibung VS-Mitglied im Senat

Der StuRa entsendet laut § 65a (6) des Landeshochschulgesetzes in die zentralen und dezentralen Gremien der akademischen Selbstverwaltung Gremienmitglieder mit beratendem Stimmrecht:

„Die Organe der Studierendenschaft haben das Recht, im Rahmen ihrer Aufgaben Anträge an die zuständigen Kollegialorgane der Hochschule zu stellen; diese sind verpflichtet, sich mit den Anträgen zu befassen. Die Studierendenschaft kann nach Maßgabe ihrer Organisationsatzung jeweils einen Vertreter oder eine Vertreterin benennen, der beziehungsweise die an allen Sitzungen des Senats und des Fakultätsrats mit beratender Stimme teilnehmen kann.“

Die Organisationsatzung der VS der Uni Heidelberg sieht hierzu in § 17 (2) OrgS vor:

„Der StuRa ist auf zentraler Ebene für alle Angelegenheiten der Studierendenschaft nach § 2 dieser Satzung zuständig, insbesondere für: [...] - 3 Wahl und Abberufung der Vertreter*in des StuRa im Senat nach § 65 a (6) LHG, [...] - 5 Wahl und Abwahl von studentischen Vertreter*innen in Gremien auf zentraler Ebene der Universität Heidelberg, soweit hierzu keine direkten Wahlen stattfinden [...]“

Die Mitglieder auf zentraler Ebene sollen die Positionen des StuRa in den zentralen Gremien vertreten und Positionierungen einbringen. Sie sollen den Kontakt zwischen der Studierendendenvertretung und den Gremien der akademischen Selbstverwaltung ins Leben rufen und am Leben halten. Daher sollten sie eng in die Aktivitäten der VS eingebunden sein.

Fristen:

Kandidaturen: bis spätestens 5. Mai

Vorstellung im StuRa: am 6. Mai, 19:00

Abstimmung im StuRa: am 13. Mai, 19:00

Erste Senatssitzung: 20. Mai

Bewerbungen an: [situngsleitung@stura.uni-heidelberg.de](mailto:sitzungsleitung@stura.uni-heidelberg.de)

Info: die ersten VS-Mitglieder in den Fakultäten werden derzeit gesucht, in Jura ist dies bereits geklärt, in der PhilFak ist am 23.4. ein Termin zur Besprechung des Vorgehens, mit den anderen Fakultäten machen wir noch Termine aus und informieren dann die betroffenen StuRa-Mitglieder der betroffenen Studienfachschaften.

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Aufruf_VS-Senat.pdf

Weitere Kandidaturen liegen in der Sitzung nicht vor.

7.12 Ausschreibung AG Q S+L

Ausschreibung unter Vorbehalt: (vgl. TOP 8.2), da wir noch nicht entschieden haben, ob wir dort

weiter mitmachen als StuRa-Sitzung. Damit man in der ersten Sitzung des Sommersemesters teilnehmen könnte am 6.05.2014, müssten die Mitglieder am 22.4. im StuRa gewählt werden. Die jetzigen studentischen Mitglieder werden zum 01.04.2014 vom Amt zurücktreten und auf das laufenden StuRa Verfahren hinweisen. Kandidaturen müssten dann bis 14. April vorliegen und gehen am 15. April in die erste Lesung

<<<Kandidaturen sollen bitte bis zum 14. April vorgelegt werden>>>

Wenn die Ausschreibung i.O. ist, kann sie auch online gehen, vorbehaltlich des Beschlusses des StuRa, dass wir überhaupt in der AG weiter mitmachen.

Vorstellung durch Anna vorgezogen, da inhaltliche Überschneidung und Anna vorher gehen muss, vgl. 8.2

Abstimmung: DAFÜR: 33, DAGEGEN: 0, ENTHALTUNGEN: 0

→ **Ausschreibung geht online mit Vorbehalt**

→ **Moritz und Thomas können sich vorstellen zu kandidieren. Reichen Bewerbungen ggf. später ein.**

7.13 Weitere Ausschreibungen

Es liegen keine weiteren Ausschreibungen vor.

TOP 8: Einrichtung von Referaten

8.1 Antrag auf Einrichtung eines Sozialreferats (2.Lesung)

Antrag des AK Soziales und Inklusion auf Einrichtung einer Sozialreferats

Das Sozialreferat soll Koordinations- und Anlaufstelle für Studierende sein, deren Fragestellungen in den Bereich des Sozialen fallen. Seine Aufgabe ist es insbesondere, den StuRa in diesem Bereich zu beraten. Dabei arbeitet er u.a. mit den autonomen Referaten und weiteren Einrichtungen, wie z.B. Kanzleien, Studentenwerk und Mieterverein zusammen, um Kenntnisse aus den verschiedenen Bereichen zusammenzutragen und für die Studierenden zugänglich zu machen.

Begründung: Auch an der Universität Heidelberg gibt es Studierende, deren Probleme in den Bereich des Sozialen fallen. Diese können verschiedener Natur sein:

Finanzberatung: alternative BaFög-Beratung, Stipendien und sonstige Finanzierungsmöglichkeiten (Wohngeld, Hartz-IV-Anspruch für Studierende) etc.

Studierende mit Kind: Studienorganisation, insbesondere die Frage nach Kinderbetreuung, Zuschüsse für Kinderbetreuung, Regelung bei Prüfungsansprüchen, wenn Studierende z.B. aufgrund von Krankheit ihrer Kinder nicht an den Kursen teilnehmen können.

Rechtsberatung: Probleme mit BaFög, Prüfungsordnungen (z.B. bei Benachteiligungen von Studierenden mit Kindern), bei Diskriminierung aufgrund von z.B. Behinderungen oder sozialer Herkunft. Weiterhin Beratungen zum Arbeits- und Mietrecht.

Finanzierung aus den Fördertöpfen: (Teil-)Rückerstattungsmöglichkeiten, Zuschüsse für Wohnkautionen, Hilfen für Erstsemester (Überbrückung zu Semesterbeginn, siehe einmalige finanzielle Unterstützung).

Der Aufgabenbereich kann im StuRa erweitert werden.

Es besteht kein Aussprachebedarf.

DAFÜR: 19, DAGEGEN: 1, ENTHALTUNGEN: 0 → Einrichtung des Referats beschlossen

8.2 Antrag auf Einrichtung eines Referats für internationale Studierende (2. Lesung)

Liebe StuRa-Mitglieder,

hiermit möchten wir anregen, ein **Referat für Internationale Studierende** zu gründen. An unserer Universität studieren **5.400 internationale Studierende**, das sind 17,1% der Studierendenschaft. Dieses Wintersemester haben sich 1.557 internationale Studierende neu immatrikuliert. Daher sehen wir, allein aufgrund der Anzahl, großen Bedarf einer Vertretung dieser Studierendengruppe im Studierendenrat der Universität Heidelberg.

In unserem Referat für internationale Studierende möchten wir uns für eine Erleichterung und Verbesserung der Studiums-, Wohn- und Lebensbedingungen unserer internationalen KommilitonInnen einsetzen. Um genau herauszufinden, was gebraucht und erwünscht ist, planen wir **eine erste Meinungsumfrage** zu Beginn des Sommersemester, die über weitere genaue Arbeitsziele des Referates entscheiden soll.

Unsere Arbeitsideen sind derzeit eine Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für internationale Studierende, die über eine E-Mail-Adresse und auch eine Sprechzeit Hilfe geben kann, zum Beispiel beim Ausfüllen von Anträgen, Wohnungssuche, Einschreibung an der Universität etc. . Sie sollte eine Anlaufstelle bieten für Studis, die sich noch im Ausland befinden aber gern nach Heidelberg kommen wollen (meist können wir natürlich keine verbindlichen Aussagen treffen, aber zumindest an die richtigen Stellen der Uni verweisen - die zu finden ist ja oft schon nicht ganz einfach aus der Ferne).

Außerdem möchten wir in unserem Referat eine zentrale Sammelstelle für verschiedene internationale Clubs/Vereine bilden, die Aktivitäten bündelt und Übersicht schafft, sodass die vorhandenen Angebote leichter zugänglich werden. Ein weiterer, wichtiger Punkt hierbei ist nicht nur die Vernetzung von internationalen Studierenden untereinander, sondern auch die Vernetzung von Internationals und Domestic. Hierzu könnten Aktivitäten, Kulturabende, Parties oder mehr Werbung für bereits vorhandene Events beitragen.

Sarae El-Mourabit
Vera Hampel
Henrik Rubner

Es besteht kein Aussprachebedarf.

DAFÜR: 11, DAGEGEN: 1, ENTHALTUNGEN: 2 → Einrichtung des Referats beschlossen

9.1 Vertreterregelung für die Wahlordnung der Uni

In der Senatssitzung am April wurde über eine Neufassung der Wahlordnung der Universität beraten. Das ist nicht unsere eigene VS-Wahlordnung, es ist die Wahlordnung der Uni. Sie gilt für die Wahlen zu den Gremien der akademischen Selbstverwaltung, also für Fakultätsräte oder den Senat.

Informationen zu den geplanten Änderungen der Verwaltung:

Die Änderungen betreffen – laut Aussage der Verwaltung, nur Anpassungen an die vorletzte Novellierung des LHG. Die aktuelle am 27.3. verabschiedete Novelle wird in einer weiteren Runde eingearbeitet werden. Man kann aber im Senat mal fragen, ob es nicht sinnvoller wäre, das auch gleich mit einzuarbeiten.

Wir kannten den Entwurf vor der Sitzung noch nicht und die Verwaltung konnte uns nichts dazu sagen, weil er offiziell vom Rektorat kommt. Das Rektorat konnte uns in der AGSM am 11.3. nicht sagen, was geändert wird, da die Zuständige aus der Verwaltung da im Urlaub war.

Die Senatorinnen hatten einen Änderungsantrag eingereicht, wonach sich Wahlmitglieder in Gremien vertreten lassen. Dies erlaubt das LHG, schreibt es aber nicht vor. Diese Regelung hat die Uni Heidelberg nicht umgesetzt, weil das Rektorat bisher immer dagegen war. Auf Nachfrage erklärten anwesende Rektoratsmitglieder in der AGSM am 11.3., dass sie nicht dagegen sind und wir ja einen entsprechenden Antrag im Senat einbringen könnten.

Eine Vertreterregelung erleichtert die Arbeit in Gremien, vor allem, wenn es sich um wenige Mitglieder einer Statusgruppe handelt. Wenn jemand nicht kann, kann er/sie sich vertreten lassen – natürlich nur von Personen, die ebenso ins Gremium gewählt sind und nicht von irgendwem – aber wenn jemand nicht kann, kann halt jemand anderes hingehen. In den Gremien des Studentenwerks ist das bereits üblich und in den meisten Senatsausschüssen auch.

Ein großer Vorteil einer solchen Regelung ist, dass man so auch Nachfolger*innen besser einarbeiten kann, sie können nämlich dann schon mal als Vertreter*innen an Sitzungen teilnehmen und sich so einarbeiten, zum Beispiel, indem man nur einen Teil der Sitzung hinget und das ordentliche Mitglied zum Beispiel ablöst nach der Hälfte der Sitzung oder in einer weniger problematischen Sitzung zum ersten Mal hinget und nicht von Anfang an 100% fit sein muss. Somit verbessert eine Vertreterregelung die Partizipationsmöglichkeiten und die Kontinuität und in den letzten Jahren wurde von der FSK für einige Senatsausschüsse bereits Vertreterregelungen eingeführt – dies geht ohne die Wahlordnung zu ändern. Für den Senat und die Fakultätsräte hingegen muss dies in der Wahlordnung geschehen.

Bericht aus dem Senat:

In der Senatssitzung hatten die Rektoratsmitglieder ihre Meinung wieder geändert. Der studentische Änderungsantrag zur Wahlordnung wurde in geheimer Abstimmung (sonst nicht üblich) abgelehnt. Der Rektor will keine Stellvertreterregelung. Es gab unterschiedliche Argumente zum Vorschlag: es handele sich um keine direkte Wahl, es käme zu einer Kontinuitätsunterbrechung.

9.2 AGSM am 14.4., 16:00, Alte Uni –

Geplante TOPs:

http://agsm.stura.uni-heidelberg.de/index.php/Naechste_Sitzung_der_AG

Gibt es weitere Ideen, Vorschläge? Wer kommt mit? → Es wäre gut, wenn hier viele mitkämen, die AGSM ist offen für alle Interessierten. Vor allem beim Thema CATS wäre es gut, wenn viele betroffene Fachschaften mit dabei wären.

9.3 AG Q S+L (Rektoratskommission zum Thema Qualität Studium und Lehre) (1. Lesung)

ANTRAG zur Befassung im StuRa der Uni Heidelberg:

- (1) Sollen wir uns weiter in der AG beteiligen?
- (2) Damit weiterhin (je nach Beschluss) verbundene Neuwahl der Mitglieder/eines Mitglieds (angesetzt als weitere Besetzungen).

Momentane studentische Mitglieder: Anna Breu und Jana Hechler

Ziele der AG: Ursprünglich dachten wir das Ziel der AG ist es den Lehramtsfragebogen zu überarbeiten, es hat sich aber herausgestellt, dass sich die AG mit der Überarbeitung des Systems der Systemakkreditierung befasst.

Hintergrund zum Antrag - die Arbeitsweise der AG: Die AG tagt regelmäßig mehrmals und anscheinend anlassbezogen im Semester (bspw. SS 13 viermal; WS 13/14 einmal). Die ZUV erarbeitet vor jeder Sitzung ein Diskussionspapier mit den Themen, die behandelt werden sollen. Besprochen werden das Papier und das Protokoll der letzten Sitzung. Das Diskussionspapier wird entsprechend der Anregungen und Kritikpunkte aus der AG modifiziert. Anschließend wird es als Protokoll herumgeschickt und wieder überarbeitet. Die abschließenden Protokolle finden sich nun als Beschlüsse (wie auch immer diese Zustandekommen) im QM-Handbuch, wurden aber nicht an die Mitglieder der AG verschickt. Es finden keine Abstimmungen in der AG statt. Die Beschlüsse sind Rektoratsbeschlüsse, zwar werden sie im Senat wie auch im SAL vorgestellt, jedoch erfolgen hier nur Kenntnismnahmen (Erklärung des Rektorats in der Sitzung des SAL (Senatsausschuss für Lehre) vom 11.3. (sinngemäß wiedergegeben)). Die Fakultäten wurden bislang nicht in den Prozess miteinbezogen, obwohl sie den Großteil der „Beschlüsse“ umsetzen müssen. Wir sehen den im QM Handbuch auf S. 65 beschriebenen Prozess der QMS Weiterentwicklung nicht eingehalten und haben uns in der Vergangenheit an diversen Stellen über diesen Zustand moniert.

Warum sollten wir an der AG teilnehmen?: Zunächst einmal um informiert zu sein. Außerdem können wir so wenigstens in der AG mitreden und die Meinung der Studierenden einbringen (wobei das Gewicht dessen ungewiss ist).

Warum sollten wir an der AG nicht teilnehmen?: Weil wir Beschlüsse treffen bzw. miterarbeiten, auf die wir eigentlich keinen Einfluss haben. Wir können in der AG nichts verhindern das den Studierenden nicht zu Gute kommt, auf dem Protokoll wird unsere Ablehnung aber auch nicht vermerkt. Also wird es immer heißen, wir hätten alle Beschlüsse miterarbeitet, gutgeheißen und mitbeschlossen. Wir verschaffen damit einem zurzeit ausschließlich vom Rektorat gesteuerten Prozess Legitimität, der nur auf Pseudobeteiligung aller Statusgruppen beruht.

=> Wir müssen abstimmen, ob wir an der AG teilnehmen oder nicht.

Diskussion des Antrags, ob wir weiter an der AG teilnehmen (s.o.)

Info: Prorektor Loureda Wert darauf, dass er die Mitglieder benennt, damit nur kompetente Mitglieder in der AG sind. Kompetenz fordert nicht nur Herr Prof. Dr. Loureda. Der StuRa sieht das ganz ähnlich und gibt das Kompliment gern zurück.

Fragen: War die Arbeit bisher gestalterisch erfolgreich oder eher informativ?

Antwort der bisherigen Mitglieder: Stichwort Pseudobeteiligung, es gab zunehmende Diskrepanzen zwischen Diskussion, Protokoll und Abschlussprotokoll. Eine letzte Fassung hat man aber nie erhalten. Weitere Beteiligung nicht unbedingt erforderlich.

Hinweis: die Problematik der AG wurde bereits im SAL diskutiert, vgl. SAL-Bericht vom 4.2.2014
<http://agsm.stura.uni-heidelberg.de/index.php/SAL-04-02-14>

9.4 Senatssitzung am 8.4.

Erste Berichte aus der Senatssitzung:

a) Zur Vertreterregelung: vgl. TOP 9.1

b) Raumvergabe an studentische Gruppen

die Gruppe AKUT+C führt Vorträge zu Weltanschauungen durch und will diese in Räumen der Uni halten und hatte hierzu Hörsäle in der Neuen Uni beantragt. Zunächst gab es keine Genehmigung und es gingen Anfragen an den StuRa, ob er die Verantwortung übernimmt und es ging hin und her, es gab Gespräche mit der zuständigen Mitarbeiterin in der Verwaltung und sah dann eigentlich so aus, als sei alles geklärt. Heute wurde im Senat die Ablehnung aller Raumanträge der Gruppe bekannt. Die Vorträge würden den Vorlesungsbetrieb stören und die Bereitstellung von Räumen für die Vorträge sei organisatorisch nicht machbar. Vereine seien zudem nicht als studentische Gruppen zu werten, und könnten auch keine Uniräume beantragen. Unter Berufung auf die Neutralität einer Landesuniversität könne man zu strittigen Themen keine Vorträge erlauben. Insgesamt eine sehr formale Argumentation. Das Rektorat ist zu keinem Einlenken bereit.

Diskussion um das weitere Vorgehen:

Öffentlichkeit suchen, Pressemitteilung über RefKonf verfassen oder Senat agieren? Auch andere Erschwernisse des studentischen Gestaltens ließen sich ebenfalls einbringen.

Mit derartigen Aktionen werden Errungenschaften des Bildungstreiks 2009 in Frage gestellt und zurückgetrieben. Seit 2009 konnten Studierende Räume in der Neuen Uni beantragen ohne Restriktionen.

Eine klare Positionierung zur verbesserungswürdigen Zusammenarbeit und Unterstützung ist wünschenswert. Am besten sofort.

Man sollte mit anderen Universitäten vergleichen, um zu sehen, ob das ganze System hat.

Pressemitteilung wäre eine überzogene Reaktion, wieso nutzt man keine kurzen Wege und redet mit den Leuten in der Verwaltung, die Probleme ließen sich so alle klären.

Einwand dagegen: die Probleme sind je nach Fakultät, Fach und Ansprechpartner unterschiedlich ausgeprägt - oder nicht. In der Physik oder dem SAI funktioniert alles sehr gut, auf zentraler Ebene eher nicht. Fachschaftsveranstaltungen sind einfacher zu organisieren – da interner- als die politischer und relativ unabhängigeren Hochschulgruppen. Die ZUV legt schlicht ein anderes Verhalten als Institute an den Tag.

Wurde die Gruppe oder die Inhalt abgelehnt? Da die Gruppe nicht in Erscheinung trat, wohl eher der Inhalt.

Fazit: diplomatisch sollte in einer Pressemitteilung durch RefKonf die Irritation ob der Ablehnung zum Ausdruck gebracht werden.

c) Solidarpaktverhandlungen/Kürzungen

Solidarpaktverhandlungen und ein weiterer Vertrag wurde diskutiert, die Uni sieht Mittelmangel Ende 2015 entgegen. Der Rektor möchte evtl. deswegen auf die Studierenden zugehen.

d) Qualitätsmanagementsystem

Das QMS (Qualitätsmanagementsystem) soll im Senat per Antrag abgestimmt werden, es gab diverse Widersprüchlichkeiten in letzter Zeit.

Weitere Informationen findet ihr bald im Senatswiki, dort findet ihr auch die Tagesordnung und die Senatstermine für die Semester bis 2015:

<http://agsm.stura.uni-heidelberg.de/index.php/Senat>

Senatstermine bis 2015:

http://www.fsk.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Senat/Senatstermine_2013-14.pdf

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/Senat/Sitzungstermine_Senat_2014-15.pdf

TOP 10: Satzungen

10.1 Finanzordnung (1. Lesung)

Ihr findet die Finanzordnung hier:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/FinO_VS_UniHD.pdf

Achtung: dass Votum der Abstimmung von TOP 11.1 muss hier ggf. einfließen in der zweiten Lesung, die Frage, ob Haushaltsplan oder Wirtschaftsplan sollte jedoch unter 11.1. diskutiert werden.

Die FinO wurde beim Infotreffen am 1.4. bereits diskutiert. Es werden Änderungsanträge angekündigt. In der StuRa-Sitzung besteht kein Diskussionsbedarf.

10.2 Geänderte Wahlordnung für die Wahlen zum Fachschaftsrat der SFS Psychologie sowie die Urabstimmung der SFSen Geographie, Pharmazie, Biologie und Molekulare Biotechnologie (2. Lesung)

Hinweis: Weiter Informationen zu den Wahlen findet ihr unter TOP 6

Die betroffenen Studienfachschaften (SFS) planen einen Wahl- bzw. Urabstimmungstermin, der vor dem frühest möglichen Wahltermin liegt. Daher soll – wie beim Semesterticket – eine Sonderregelung für diese Abstimmungen getroffen werden. Und zwar dahingehend, dass die Bekanntgabezeit in der Vorlesungszeit auf 5 Tage verkürzt wird.

Beim Wahltreffen am 4.4. wurde entdeckt, dass zwei Wahltermine vertauscht worden waren und es nicht um die Chemie geht, sondern um Pharmazie, Biologie und Molekulare Biotechnologie (diese drei Studienfachschaften führen ihre Urabstimmung zusammen durch, daher ist es nur ein Termin)

Begründung von FS Psychologie: die Termine wurden seit letzten Dezember daraufhin getaktet, dass die Fachschaftsrats-Wahlen dann gleichzeitig mit den Fachrats-Wahlen stattfinden. Diese sollten schon im letzten Semester stattfinden, wurden aber, um eine bessere Vorbereitung und breite Kandidatur zu ermöglichen ins SoSe gelegt. Auf diese Wahltermine sind auch die Sitzungstermine mit der Institutsleitung verabredet, um dann die Arbeit rasch aufnehmen zu können.

Änderungssatzung für die Wahlen zum Fachschaftsrat Psychologie sowie zur Urabstimmung über die Studienfachschaftssatzung der Studienfachschaften Geographie, Pharmazie, Biologie und Molekulare Biotechnologie

§ 1 Abweichend von der Wahlordnung des StuRa beträgt die Bekanntgabezeit in der Vorlesungszeit für die Wahlen zum Fachschaftsrat Psychologie bzw. zur Urabstimmung über die Satzungen der Studienfachschaften Geographie, Pharmazie, Biologie und Molekulare Biotechnologie 5 Tage.

§ 2 Ansonsten finden alle anderen Regelungen der Wahlordnung Anwendung.

Es besteht kein Aussprachebedarf in der Sitzung.

Abstimmung zur geänderten WO: DAFÜR: 17, DAGEGEN 0, ENTHALTUNGEN: 4 → Antrag auf Änderung der WO angenommen

10.3 Standardregelung für die Besetzung der dezentralen Qualitätssicherungsmittelkommissionen (2. Lesung)

Da einige Fachschaften dazu keine Regelung getroffen haben, sollte man im StuRa eine Standardregelung beschließen, die in dem Fall bis zum Beschluss einer eigenen Regelung greift und zwar dahingehend, dass in den Fällen, in denen es nicht geklärt ist, der Fachschaftsrat aufgrund eines Vorschlags der Fachschaftsvollversammlung in die dezentralen Kommissionen entsendet.

Nach § 3 Abs. 1 QualSiG sowie § 34 Abs. 3 GrundO der Universität Heidelberg und nach § 17 Abs. 2 Unterpunkt 5 OrgS des Studierendenrats entsendet die Verfasste Studierendenschaft die Vertreter*innen in die dezentralen Qualitätssicherungsmittelkommissionen.

Das Regelmodell für die Studienfachschaften trifft hierfür keine Regelung. In einigen Studienfachschaftssatzungen werden hierzu Regelungen getroffen. Für die Studienfachschaften, in denen es keine Regelungen gibt, soll die Standardregelung Klarheit schaffen. Sobald eine Studienfachschaft eine eigene Regelung in ihrer Satzung trifft, gilt diese und die Standardregelung nicht mehr.

Satzung zur Entsendung von Vertreter*innen in die dezentralen Qualitätssicherungsmittelkommissionen

Gemäß § 3 Abs. 1 QualSiG sowie § 34 Abs. 3 GrundO der Universität Heidelberg und § 17 Abs. 2 Unterpunkt 5 OrgS des Studierendenrats regelt der Studierendenrat mit dieser Satzung die Entsendung in die dezentralen Qualitätssicherungsmittelkommissionen

§ 1 Studienfachschaften entsenden gemäß ihrer Satzung Vertreter*innen in die dezentralen Qualitätssicherungsmittelkommissionen ihres Faches oder ihrer Fächer.

§ 2 Wenn die Studienfachschaftssatzung hierzu keine Regelung trifft, findet folgendes Verfahren Anwendung:

- (1) Die Fachschaftsvollversammlung ... macht...dem Fachschaftsrat einen Benennungsvorschlag. Der Vorschlag umfasst so viele Personen wie Plätze zu besetzen sind.
- (2) Der Fachschaftsrat entsendet auf Grundlage des Vorschlags der Fachschaftsvollversammlung Vertreter*innen in die dezentrale Qualitätssicherungsmittelkommission.

Es besteht kein Aussprachebedarf in der Sitzung.

Abstimmung: DAFÜR: 19, DAGEGEN: 0, ENTHALTUNGEN: 0 → Standardregelung beschlossen

10.4 Antrag auf Aufnahme der Satzung der SFS Ur- & Frühgeschichte / Vorderasiatische Archäologie (UFG/VA) in den Anhang D der Organisationssatzung (Bekanntgabe)

Diese Satzung lag zum 24.12. nicht vor und wird daher nicht nach § 2 SFKA (Studienfachschafskonstitutionsanhang) zur Abstimmung gestellt, sondern nach § 3 (3) SFKA, wobei dann § 2 SFKA entsprechend gilt.

Die Satzung findet ihr hier:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Studienfachschafssatzungen/FSSsatzung_UFG-VA.pdf

Es besteht kein Aussprachebedarf in der Sitzung.

TOP 11: Finanzen

11.1 Wirtschaftsplan oder Haushaltsplan? (2. Lesung)

Der StuRa sollte beschließen, ob er einen einen Wirtschaftsplan oder einen Haushaltsplan macht.

Beschlussempfehlung zum weiteren Vorgehen: Der StuRa beschließt einen Haushaltsplan. Dessen Umsetzung wird nach einem Jahr evaluiert und die Umstellung auf einen Haushaltsplan beraten.

Erläuterung: Der StuRa hatte im Dezember besprochen, im April einen Haushaltsplan zu beschließen. Wir könnten aber auch einen Wirtschaftsplan machen. Daher soll nochmal besprochen werden, ob hier der Haushaltsplan oder ein Wirtschaftsplan gewünscht wird, damit die AG Finanzen in diesem Sinne weiterarbeiten kann.

Erläuterung: Was ist ein Haushaltsplan? - was ein Wirtschaftsplan?

	Haushaltsplan	Wirtschaftsplan
Vorherrschendes Prinzip	Kameralistik, d.h. Einnahme-Ausgabe-Rechnung in Kammern (z.B. Budgets für Referate, einzelne Fachschaften) => WER im Vordergrund	Doppik, d.h. Buchung nach kaufmännischen Aspekten; 3 Buchungskreise (Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung) => WAS im Vordergrund
Wird angewendet in ...	Bundes-/Landeshaushalten, teilw. noch Kommunen, Großteil der VSen	Unternehmen, komm. Wirtschaftsbetrieben, teilw. Kommunen
Vorteile	Einfacher zu verwalten (lediglich	Leichter „extern“ zu überprüfen,

	Zahlungsströme erfasst), Vergleichbarkeit mit anderen Vsen	Bewertung von Schulden und Vermögen
Nachteile	Angeblich intransparenter, leichter durch Ministerium und Rektorat nachzuprüfen	Erstellungsaufwand höher, leichter „manipulierbar“
Rechtsgrundlage	LHO	HGB

vgl. auch StuRa-Glossar:

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Glossar_StuRa.pdf

Diskussion:

Es wird angemerkt, dass man einen externen Prüfer braucht, das ist schwieriger, wenn es sich um einen Haushaltsplan handelt.

Es wird darauf hingewiesen, dass man im öffentlichen Bereich sicherlich jemanden für die Haushaltsprüfung finden könne, laut LHG sollen auch die Hochschule dies durchführen, die sich damit auskennt.

Es wird gefragt, was mit „manipulierbar“ gemeint sei. Der Wirtschaftsplan ist gerade deshalb, auch da Unstimmigkeiten in der doppelten Buchführung sofort auffallen, vorzuziehen.

Hierzu wird angemerkt, dass der Wirtschaftsplan externe Hilfe bedingt und es passieren kann, dass der erste Entwurf eines Wirtschaftsplanes könnte wegen zusätzlichen Aufwandes erst später zur Verfügung stehen könnte als geplant.

Frage: Wann ist der Umstieg auf einen Wirtschaftsplan vorgeschrieben?

Antwort: er ist wohl langfristig geplant. Bis jetzt ist er noch freiwillig, aber irgendwann wird er auch wohl zwingend für uns. Fachschaften müssen auf jeden Fall ihre Haushalte in Teilhaushalten darstellen.

Es wird auf das GNU Cash, Programm hingewiesen, zur doppelten Buchführung. Frei erhältlich im Internet.

Abstimmung:

Haushaltsplan: DAFÜR:10, DAGEGEN:11

Haushaltsplan: DAFÜR:10; DAGEGEN:12, ENTHALTUNGEN: 6

Wirtschaftsplan: DAFÜR:18, DAGEGEN: 2, ENTHALTUNGEN: 4

→ **Wirtschaftsplan angenommen.**

11.2 Finanzierungsanträge

(a) Finanzierungsantrag von delta e.V. (2. Lesung)

Name der Gruppe: delta e.V.

Kontaktperson: Kai Wortmann

Kontakt-Email: kaiwortmann@aol.com

Finanzvolumen des Antrags:

410€

Wer seid ihr:

<http://delta-philosophie.blogspot.de/>

Was soll finanziert werden:

Zuschuss Werbekosten Vortragsreihe SS14

Worum geht es in dem Antrag:

Organisatorisch:

Im SS14 wird von unserem Verein eine öffentliche Vortragsreihe organisiert. Es werden mindestens 8 Vorträge stattfinden, evtl. eine zusätzliche Abschlussdiskussion. Die Atmosphäre soll möglichst studentisch werden (kein Hörsaalvortrag).

Thematisch:

Das Thema ist „Gerechtigkeit heute“. Dazu wollen wir Bezüge aus unterschiedlichen Perspektiven kennenlernen. Beides scheint uns im Uni-Alltag zu kurz zu kommen. Konkret haben wir deshalb Professorinnen und Professoren aus sehr verschiedenen Disziplinen eingeladen.

Personell:

Zugesagt haben bereits jetzt eine Reihe hochkarätiger ProfessorInnen der Universität, sodass wir eine Reihe auf hohem Niveau erwarten können (Reihenfolge zufällig):

Wer?	Woher?
Prof. Dr. Zeno Enders	VWL
Prof. Dr. Hans Diefenbacher	VWL
Prof. Dr. Michael Haus	Politikwissenschaft
Prof. Dr. Rosemarie Boenicke	Bildungswissenschaft
Prof. Dr. Klaus Tanner	Theologie
Prof. Dr. Peter König	Philosophie
PD Dr. Thomas Petersen + Gast aus Wirtschaftswissenschaften?	Philosophie
???Prof. Dr. Jürgen Kohl???	Soziologie

Finanziell:

Alle Gäste tragen ohne Honorar vor (Dozenten der Universität). Fahrtkosten werden, wenn vorhanden, vom Verein bezahlt. Da wir bei unseren letzten Veranstaltungen trotz geringem Werbeaufwand großen Zuspruch erhielten, ist besteht definitiv Bedarf an solch studentischen Initiativen. Allerdings bekamen wir auch viele Rückmeldungen, dass die Veranstaltungen zu wenig bekannt gemacht wurden. Dies möchten wir nun vermeiden und den Rückmeldungen – häufig auch aus anderen Fachbereichen – entgegenkommen. Konkret planen wir neben professioneller Internet- und Plakatwerbung für jeden Termin Flyer mit Thema und Gast, um so Studierende der ganzen Universität zu erreichen. Dies scheint uns auch deswegen geboten, da die Perspektiven und Themen doch sehr unterschiedlich sind, sodass evtl. eine bloße Nennung nicht ausreichend wäre. Wir rechnen mit 40€ Flyerkosten pro Vortrag (insgesamt 320€) und 90€ Plakatkosten. Der Antrag beinhaltet nur bereits jetzt geplante Termine. Alle weiteren Werbekosten (Abschlussdiskussion, weitere Vorträge) übernimmt der Verein.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf in der Sitzung.

Abstimmung:

DAFÜR: 16, DAGEGEN: 9, ENTHALTUNGEN: 3 → Finanzierungsantrag zugestimmt

(b) Finanzierungsantrag von Real World Economics (2. Lesung)

Name der Gruppe: AK Real World Economics

Kontaktperson: Dominic Egger

Kontakt-Email: d.egger@posteo.de

Kontaktadresse: -

Finanzvolumen des Antrags:

Honorare für 3 Podiumsteilnehmende: 200€ (2x 100€)
Fahrtkosten für 3 Podiumsteilnehmende: 200€ (2x 100€)
Übernachtung für 3 Podiumsteilnehmende: 160€ (2x 80€)
Druckkosten für Werbung: 70€
Gesamtbetrag: 630€

Wer seid ihr:

Der AK Real World Economics ist ein Zusammenschluss von Studierenden der VWL, Ethnologie, Philosophie und anderer Fächer, die sich mit Alternativen zur herrschenden ökonomischen Lehre beschäftigen. Einerseits machen wir inhaltliche Arbeit z.B. in Lesekreisen oder durch die Organisation von Vorträgen. Andererseits sind wir eine hochschulpolitische Gruppe, die in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Plurale Ökonomik die Lehre der VWL in Deutschland reformieren will, damit wichtige Themen wie die Finanzkrise, die ökologische Krise sowie wirtschaftsethische Überlegungen in Forschung und Lehre Einzug halten.
Weitere Infos gibt es auf <http://hd.real-world-economics.de>

Was soll finanziert werden:

Wir bitten um finanzielle Unterstützung einer Podiumsdiskussion. Mit dem Geld sollen Fahrtkosten, Honorare und Druckkosten für Plakate und Flyer finanziert werden.

Worum geht es in dem Antrag:

Am 13. Mai 2014 soll am Campus Bergheim eine Podiumsdiskussion zum Thema „Eurokrise“ und Schlussfolgerungen für das VWL-Studium.

Die Veranstaltung ist einerseits dazu gedacht die Ringvorlesung des vergangenen Wintersemesters zum Thema Eurokrise kritisch zu evaluieren und gemeinsam mit den PodiumsteilnehmerInnen und Studierenden zu überlegen wie das VWL-Studium umgestaltet werden muss, um wichtigen gesellschaftlichen Fragen gerecht zu werden.

Das Podium soll einerseits mit einem Professor der VWL des Alfred-Weber-Instituts, um die Diskussion mit dem eigenen Fachbereich zu führen. Andererseits möchten wir VertreterInnen alternativer Lehrmeinungen ein Forum geben und außerdem eine Person einladen, die bei der Einrichtung eines alternativen Lehrcurriculums beteiligt war. Wir sind bereits auf Referentenakquise und haben auch schon Zusagen erhalten. Bei der Besetzung des Podiums achten wir auf Geschlechterparität und außerdem auf eine Vielfalt der Lehrmeinungen bzw. Interdisziplinarität.

Das Format der Podiumsdiskussion möchten wir allerdings ein wenig aufbrechen, indem wir eine Twitter-Wall einrichten. Mit diesem Online-Tool soll den Zusehenden schon während der Diskussion auf dem Podium die Möglichkeit zur Partizipation gegeben werden.

Die Diskussion soll Ausgangspunkt für eine mögliche Neugestaltung des Bachelor- und Master-Studiengangs der VWL an der Uni Heidelberg sein.

Zielgruppe sind Studierende aller Fachrichtungen, Mittelbau, ProfessorInnen sowie die interessierte Öffentlichkeit. Außerdem möchten wir gezielt PolitikerInnen einladen, um auf die gesellschaftspolitische Relevanz einer Umgestaltung des VWL-Studiums aufmerksam zu machen.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf in der Sitzung.

Abstimmung:

DAFÜR: 14, DAGEGEN: 9, ENTHALTUNGEN: 4 → Antrag angenommen

(c) Antrag von Die Linke.SDS auf Fahrtkostenerstattung für Referenten einer öffentlichen Vortragsreihe zur Krise (1. Lesung)

Der StuRa möge beschließen:

Für die Vortragsreihe "Krise überall" des SDS Heidelberg übernimmt der StuRa die Fahrtkosten für den anreisenden Referenten in der Höhe von 100,- Euro.

Begründung:

Die Hochschulgruppe SDS Heidelberg veranstaltet im Sommersemester 2014 eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Krise überall“. Diese besteht aus vier Veranstaltungen zu verschiedenen Bereichen, in denen „Krise“ herrscht. Wir wollen hiermit auf die Vielfältigkeit der gesellschaftlichen und politischen Probleme außerhalb der Krise im Finanzsektor aufmerksam machen. Wir planen Veranstaltungen zu den Themen: Wohnen, Überwachung sowie zur Umwelt und Struktur des Kapitalismus.

Wir wollen mit den Veranstaltungen vor allem Studierende, aber auch interessierte Bürgerinnen und Bürger erreichen. Es ist unser Ziel, die politische Bildung der Studierenden zu fördern (§ 2 I Nr.3 StuRa-Satzung).

Der SDS Heidelberg stellt nach §16 II der StuRa Satzung den Antrag auf finanzielle Unterstützung des Vortrags von Dr. Athanasios Karathanassis zu: „Kapitalismus, Wachstum und Naturzerstörung - Einblicke und Ausblicke zur Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse“.

Dr. Karathanassis ist Politik- und Sozialwissenschaftler und Lehrbeauftragter an der Leibniz Universität Hannover (LUH) und der Universität Hildesheim. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Politische Ökonomie, Globalisierung, gesellschaftliche Naturverhältnisse, gesellschaftliche Struktur- und Krisenentwicklungen, soziale Bewegungen. Er ist Experte für das Verhältnis zwischen Kapitalismus und den gegenwärtigen Prozessen des Naturraubbaus und der Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir möchten mit dieser Veranstaltung den Diskurs der Studierenden über nachhaltige Entwicklung (§ 2 II StuRa-Satzung) fördern.

Der SDS Heidelberg wird die Kosten für Übernachtung und den Druck von Informationsmaterial übernehmen. Alle Kosten für die Veranstaltungen zu Wohnen, Überwachung und Struktur des Kapitalismus tragen wir ebenfalls selbst. Dr. Karathanassis verzichtet auf ein Honorar.

Da keine ähnliche Veranstaltung im Vorlesungsverzeichnis der Universität Heidelberg zu finden ist, freuen wir uns besonders, dass Dr. Karathanassis sich bereit erklärt hat, zu uns nach Heidelberg zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Böhler

Zur Ergänzung: Hier das Gesamtprogramm:

28. April 2014: Wohnen in Heidelberg in der Krise
Podiumsdiskussion mit Caren Lay, Sahra Mirow, Hilde Stumpf und eine Studentin von Die Linke.SDS Heidelberg

6. Mai 2014, 19 Uhr: Kapitalismus, Wachstum und Naturzerstörung -Einblicke und Ausblicke zur Krise
gesellschaftlicher Naturverhältnisse-

Ankündigung:

Wenn von Naturzerstörungen, vom Klimawandel oder Umweltschutz die Rede ist, geht es sowohl in öffentlichen Diskursen als auch im wissenschaftlichen Mainstream zumeist um Fragen der technischen „Beherrschbarkeit“ von Natur, wobei insbesondere die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz thematisiert wird, um politische Forderungen oder um normative und moralische Leitbilder, aus denen die Schonung der Natur folgen soll.

Eine zumeist ausgeblendete oder verkürzt gestellte Frage ist die nach den politisch-ökonomischen Ursachen der krisenhaften Naturverhältnisse oder anders gefragt: In welchem Zusammenhang steht die Praxis des kapitalistischen Systems und die ihr zu Grunde liegenden Logiken mit den gegenwärtigen Prozessen des Naturraubbaus und der Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen?

Personeninfos:

Dr. Athanasios Karathanassis karathanassis@gmx.net

Politik- und Sozialwissenschaftler, Studium der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut und Promotion am Soziologischen Institut der Freien Universität Berlin (FUB); Bis 2012: Interdisziplinärer Forschungskoodinator an der LUH Lehrbeauftragter an der Leibniz Universität Hannover (LUH) und der Universität Hildesheim, Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökonomie, Globalisierung, gesellschaftliche Naturverhältnisse, gesellschaftliche Struktur- und Krisenentwicklungen, soziale Bewegungen
Zurzeit: Arbeit an der Habilitationsschrift und an diversen Veröffentlichungen

3. Juni, 19 Uhr: Der Staat vs. die Krise: Technische Be- und Überwältigung durch Überwachung und Repression. Ein Querschnitt durch die Themen Vorratsdatenspeicherung, Polizeidatenbanken und autoritäre staatliche Krisenbewältigung

16. Juni, 19 Uhr: Warum es im Kapitalismus immer wieder zu Krisen kommen muss
Eine theoretische Einführung
Resgar Beraderi

Johannes stellt den Antrag vor. Es gibt keinen Diskussionsbedarf in der Sitzung.

(d) Antrag der Nightline auf Übernahme von Fahrtkosten (1. Lesung)

Es steht wieder ein Deutschlandtreffen zur Vernetzung und Schulung der Nightlines in Deutschland an, an welchem wir von der Nightline Heidelberg gerne teilnehmen würden. Dafür würden wir gerne, wie in den vergangenen Semestern, eine Erstattung der Reisekosten beantragen. Die Veranstaltung findet am 16.-18. Mai 2014 in Zürich statt.

Finanzvolumen des Antrags:

Leider ist das Finanzvolumen noch nicht ganz klar, da wir vom Ausrichter noch keine Rückmeldung haben, mit wie vielen Leuten wir anreisen können. Die Kosten werden sich jedoch auf mindestens 150 Euro (wenn 2 Personen mitfahren) und höchstens 300 Euro (wenn 10 Personen mitfahren) belaufen (geschätzte Werte). Wir würden uns auch schon freuen, wenn ein Teil der Kosten übernommen werden würde.

Wer seid ihr:

Die Nightline Heidelberg e.V. ist ein 1994 gegründetes Informations- und Zuhörtelefon von Studierenden für Studierende. Wir haben ein offenes Ohr für die Sorgen und Probleme unserer Kommilitonen und man kann uns täglich von 21 Uhr bis 2 Uhr nachts erreichen. Seit Dezember des letzten Semesters sind wir auch über Mail für unsere Mitstudierenden da. Nähere Informationen findet man unter: <http://www.nightline.uni-hd.de/> .

Was soll finanziert werden:

Reisekosten (voraussichtlich Kosten für Kraftstoff und Vignette) zum Deutschlandtreffen der Nightlines am 16.-18. Mai 2014 in Zürich

Worum geht es in dem Antrag:

Vom 16.-18. Mai 2014 findet in Zürich wieder das regelmäßig organisierte Deutschlandtreffen der Nightlines statt, an welchem wir von der Nightline Heidelberg gerne teilnehmen möchten. Hierbei kommen Vertreterinnen und Vertreter aus ganz Deutschland und der Schweiz zusammen, um Erfahrungen auszutauschen, über aktuelle Themen und Schwierigkeiten zu diskutieren und neue Ideen zu sammeln und zu generieren. Das Deutschlandtreffen dient weiterhin zur Vernetzung und Intensivierung der Zusammenarbeit sowie der Koordination und gegenseitigen Unterstützung. In Workshops wird zu unterschiedlichen Themen gearbeitet.

Weitere Informationen:

Bei Fragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Es wird erläutert, warum niemand persönlich anwesend ist, um den Antrag vorzustellen: die Nightline arbeitet anonym und es ist nicht gut, wenn mögliche Anrufer*innen wissen, wer auf der anderen Seite sitzt.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf in der Sitzung.

(e) Antrag des Unimut auf Übernahme der Druckkosten durch den StuRa (1. Lesung)

Finanzvolumen des Antrags:

2500 € (Druck durch Baier Digitaldruck GmbH)

Wer seid ihr:

Unimut, Zeitschrift an der Uni Heidelberg; Kontakt unter: unimut@posteo.de

Was soll finanziert werden:

Druckkosten für 6000 Exemplare à 24 Seiten (zwei Ausgaben im SoSe 2014)

Worum geht es in dem Antrag:

Die un!mut ist die Zeitschrift [an] der Uni Heidelberg, die jenseits vom publizistischen Mainstream und Loyalitätswahn dem Rektorat gegenüber von den Vorgängen an der Uni Heidelberg, der Hochschulpolitik allgemein und auch allem anderen, das in den sonstigen Medien zu kurz kommt, berichtet. Die un!mut ist kritisch, politisch unabhängig, gratis und dennoch werbefrei.

Weitere Informationen:

Es wurden bisher keine Anträge gestellt.

Chiara stellt den Antrag vor:

Nachfragen:

Frage: das Angebot erscheint teuer, wäre eine Kostensenkung möglich? Gibt es Vergleichsangebote? Es wird z.B. auf Flyeralarm verwiesen.

Hinweis: bei der Summer handelt es sich um eine Hausnummer, wo man dann genau druckt, wird nochmal im Nachgang geguckt, allerdings sollte man hierbei nicht nur auf die Summe, sondern auch auf die Arbeits- und Produktionsbedingungen achten und nicht immer das billigste Angebot nehmen.

Anmerkung: Der Unimut ist ein wertvolles journalistisches Blatt und wird durch FAZ u.v.m. Zitiert und daher förderungswürdig.

Anmerkung: Flyeralarm ist kein guter Vergleich. Bevor der Haushalt steht könne der StuRa nicht zustimmen, unabhängig von ideellem Konsens. Zunächst geht es um die Frage, ob man die FSK-Unterstützung fortführt oder nicht. Da es die 1. Lesung ist, ist die Diskussion im Moment nicht in extenso erforderlich.

TOP 12: Sonstiges

TOP 13: Anlagen

13.1 Kurzbericht von der fzs-MV

Kurzbericht von der 49. Mitgliederversammlung des freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften an der Universität zu Bremen, 07. bis 09. März 2014

Da mein Kollege im Referat für hochschulpolitische Vernetzung praktikumsbedingt nicht an dieser Mitgliederversammlung (MV) teilnehmen konnte, am gleichen Wochenende die MV von Campusgrün stattfand, was weitere potentielle Delegationsmitglieder verhinderte und auch unter den StuRa-Mitgliedern sich keine weiteren Teilnehmer*innen fanden, bin ich alleine zu dieser MV angereist.

An dieser Stelle möchte ich daher ausdrücklich den Delegierten der Pädagogischen Hochschulen Heidelberg und Karlsruhe danken ohne deren Unterstützung die Belastung alleine an einer fzs-MV teilzunehmen kaum durchzustehen gewesen wäre. Danke ihr Lieben!

Am ersten Tag wurde sich zunächst mit inhaltlichen Anträgen befasst. Folgende Anträge wurden am Freitag und Samstag beschlossen:

I-01 Arbeitnehmer*innenrechte für studentische Beschäftigte stärken

I-02 Schluss mit prekären Arbeitsverhältnissen an Hochschulen - für hierarchiefreie Wissenschaft

I-03 Mindestlohn auch für Studierende

I-04 Bekenntnis zur ökologischen und sozialen Verantwortung der Hochschule

I-08 UniAssist -Diskriminierung abschaffen

I-09 Anpassung der Rundfunkbeiträge an die studentische Lebensrealität

I-10 Studienkapazitäten ausschöpfen, Zulassungen beschleunigen Teilnahme an DoSV

I-11 Unterstützung BdWi Erklärung zum Richtungskampf um die Hochschulreform

Die Titel sind hierbei weitestgehend selbsterklärend. Details sind bitte dem ausführlich Bericht, genauer dem Reader zur 49. MV im Anhang, zu entnehmen.

Am Samstag gab es des Weiteren eine gemeinsame Veranstaltung der MV und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bremen für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an Hochschulen.

Anschließend wurden (am Samstag) die Berichte der einzelnen Ausschüsse, des Vorstands und des AS zur Kenntnis genommen.

Dann wurde insgesamt ca. 8h über die satzungsändernde Anträge zum Unvereinbarkeitsbeschluss gestritten. Eine zunächst sehr destruktiv und laut geführte Debatte entwickelte sich im Laufe des Tages zu einer durchaus konstruktiven Veranstaltung.

Während der mehrstündigen Debatte über die Unvereinbarkeitsanträge ereignete sich, soweit rekonstruierbar, folgendes:

Silke Hansmann, Teil des Bundesvorstandes der Juso-Hochschulgruppen, hat eine Persönliche Erklärung abgegeben. Bei einer MV können solche Erklärungen jederzeit schriftlich bei der Sitzungsleitung eingereicht werden und diese prüft sie und hängt sie anschließend für alle Teilnehmer*innen sichtbar aus.

Auf dieser Erklärung sprach sich Silke für einen „Kompromiss“ aus, der für sie bedeutete das Burschenschaftler*innen

gerne an einer MV teilnehmen dürfen – wenn sie im Wichs (=Tracht einer Burschenschaft) kommen.

Diese Erklärung wurde seitens eines Delegationsmitglieds der TU München fotografiert und auf Facebook gestellt und dort mit den Worten „Wie ein Stern auf der Brust“ kommentiert.

Diese Handlungen, vor allem letztere, wurden von der MV als massiver Eklat gesehen. Dabei ist festzuhalten das sich der betroffene Münchner ausdrücklich vor der MV und bei Silke entschuldigt hat.

Dennoch wurde von der Uni Bremen ein GO-Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit gestellt.

Anmerkung: Bei diesem GO-Antrag werden laut alle anwesenden Hochschulen aufgerufen und diese müssen ihre Anwesenheit bestätigen.

Daraufhin sind mehrere Hochschul-Delegationen, unter Ihnen die der TU Berlin und die der Uni Würzburg, aus dem Saal gegangen. Es wurde fehlende Beschlussfähigkeit festgestellt. Damit war laut Satzung die MV automatisch beendet. (Um ca. 1 Uhr morgens)

Da noch kein AS gewählt wurde, ist laut Satzung eine Sonder-MV fällig. Diese wurde nun für den 11-13. April einberufen, laut meinem aktuellen (20.03.) Kenntnisstand wird sie in Dortmund stattfinden.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass sich die Debatte zum Thema Unvereinbarkeitsbeschlüsse im Laufe des Tages immer konstruktiver entwickelt hat.

Es ist daher in meinen Augen von überaus großer Wichtigkeit, den fzs weiterhin bei dieser Debatte – und noch viel mehr in seiner inhaltlichen Arbeit – zu unterstützen. Wie beschrieben wurde an diesem Wochenende durchaus einige, sehr wichtige und positiv zu sehende inhaltliche Arbeit geleistet und es wurden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Der Vorschlag der nach der MV aufkam den fzs aufzulösen und eine Art beratendes Gremium im Bildungsministerium für Studis anzusiedeln (mit ausschließlich Vertretern politischer Hochschulgruppen!!!) ist meines Erachtens klar abzulehnen. Gerade Universitäten welche wie wir ein Modell gewählt haben in denen Fachschaften großen Einfluss in der Studierendenvertretung haben, hätten damit bundespolitisch keine Stimme mehr. Der fzs wird aktuell ausdrücklich von den Vorständen von Campusgrün und den Juso-Hochschulgruppen unterstützt.

Berichtet von Glenn Bauer, Referent im Referat für Hochschulpolitische Vernetzung (Außenreferat)

20.03.2014

→ **Den Langbericht (243 Seiten) findet ihr unter:**

http://www.stura.uni-heidelberg.de/fileadmin/Dokumente/VS/Bericht_von_der_49._MV_des_fzs.pdf

13.2 Protokoll nvbw-Treffen

Den 17. März 2014

Bearb.: Siegbert Kaiser

App.: 103

Az.: 3898.1-3

NVBW - Nahverkehrsgesellschaft B.-W. mbH

Vermerk Landesweites Semesterticket

Protokoll der Besprechung vom 11.03.14

Teilnehmer: siehe Anlage

Anlagen: Teilnehmerliste

Tischvorlage des VVS

Auf die verteilte Tischvorlage – als Anl. Nochmals beigelegt – wird Bezug genommen

Das gezeigte Beispiel betrifft das Semesterticket des VVS. Es würde insgesamt um 49,35 € billiger, für den einzelnen Studenten, der es bisher kaufte aber nur um 7,30 €. Dagegen würde der Solidarbeitrag von gegenwärtig 42,05 € auf 188,30 € steigen.

Aufgrund dieses Beispiels stellen sich für die Verbände zwei Fragen:

- a) Soll auf der Basis des einstufigen Solidarmodells weiter gearbeitet werden?
- b) Soll das heutige zweistufige Modell beibehalten und um eine solidarfinanzierte Landeskomponente erweitert werden?

In diesem Falle würde der heutige Solidarbeitrag um eine Landeskomponente erhöht. Das Landesticket erhält nur, wer auch das örtliche Ticket erworben hat

Seitens der Studenten wurde dafür plädiert, die heute bestehenden „Feierabendregelungen“ auch beim Solidarmodell beizubehalten. Außerdem wurde hinterfragt, ob auch eine Lösung Landesticket ohne örtliches Ticket denkbar sei.

Seitens der Verbände wurde deutlich gemacht, dass die Bestimmungen beim Landesticket vereinheitlicht werden müssen. Bei der Lösung, das heutige Modell beizubehalten und ein solidarfinanziertes Landesticket aufzusatteln, müssten konsequenterweise die heutigen Anschlusstickets wegfallen.

Die Lösung, dass ein Landesticket ohne örtliches Ticket erworben werden kann, ist aus Sicht der Verbände schwer vermittelbar und auch schwer kontrollierbar.

Nach Auffassung der Studierenden sollten die Verbände mit den Hochschulen reden und die ermittelten Werte für den Zuschlag für das Landesticket dem Landes-Asten-Ausschuss weitergeben, damit die darin vertretenen Hochschulen dem Betrag prinzipiell zustimmen können. Demgegenüber haben die Verbände dies nicht so verstanden, dass die Zahlen vorab vorgetragen werden sollten. Sie bitten auch darum, dass die jetzt genannten Zahlen nicht in die breite Öffentlichkeit getragen werden sollten.

Zur Verknüpfung des Landestickets mit dem regionalen Ticket gaben die Studierenden zu bedenken, dass sich der RVL weigere, ein Semesterticket auszugeben. Der VVS wird dies aufgreifen und mit dem RVL klären.

Nach Auffassung der Studierenden sind die heute vorgelegten Preise für das einstufige Solidarmodell nicht vermittelbar. Sie plädieren dafür, das bisherige Modell beizubehalten und das Landesticket als Zusatz on Top herauszugeben. Dabei soll das Landesticket überall gelten, außer in dem Verbund, wo sich die Hochschule befindet (Heimatverbund). Die

Finanzierung des Landestickets – Ein- oder Zweistufenmodell – bedarf einer weiteren Diskussion. Sie bitten auch. Das Modell Seite 6 der Tischvorlage näher zu erläutern.

Die Verbände akzeptieren den Vorschlag der Studierenden, lehnen aber die Gültigkeit des Landestickets ohne gleichzeitiges Heimatticket ab. Sie wollen dieses Modell rechnen, allerdings liegen Ergebnisse erst nach der Sommerpause vor.

Sie wollen auch das Modell Seite 6 rechnen. Dazu den Vorschlag von Herrn Dittus, der eine Kombination der verschiedenen Tickets (Regional, Land) mit den verschiedenen Solidarbeiträgen (Regional, Land) vorschlug. Die Daten sollen zum nächsten Termin vorliegen.

Auf Vorhalt, dass unter Beachtung der Semesterferien und der Asta-Wahlen die Zahlen bis Mai vorliegen sollten, erklärte die DB, dass sie für eine Kalkulation eine sechsmonatige Erhebung benötige. Diese sei gerade angelaufen.

Seitens der Verbände wurde dagegen vorgeschlagen, zusammen mit den Asta-Wahlen die Preisbereitschaft der Studierenden und deren Modal-split zu erfragen.

Das nächste Treffen wurde für den 6. Mai um 10.30 Uhr im Ministerium vereinbart. Das Ministerium lädt dazu ein.

Die DB wird dann das System der Preisberechnung erläutern. Die Verbände kalkulieren zusätzliche Nutzer – z.B. Praktikanten – ein.

gez.: Norbert Kuhnle

Prokurist

13.3 Antwort der Sitzungsleitung auf den Einspruch bei der Schlichtungskommission

Das Protokoll der zweiten Sitzung der Schlichtungskommission sowie die Stellungnahme der SchliKo zum Einspruch findet ihr im Protokoll der Achten Sitzung.

Hier die Antwort der Sitzungsleitung des StuRa an die Schlichtungskommission der Verfassten Studierendenschaft

Liebe SchliKo, liebe Interessierte, vielen Dank für die Zusendung des Einspruchs und eures Protokolls. Nach Rücksprache mit der Rechtsabteilung möchten wir euch hiermit unsere Stellungnahme zukommen lassen:

1. Die Schlichtungskommission ist nicht zuständig

Die Schlichtungskommission ist nicht zuständig für den Einspruch. Dies ergibt sich aus § 65 a (9) LHG: "... Einzelheiten der Schlichtungskommission einschließlich ihrer Besetzung regelt die Organisationssatzung der Studierendenschaft."

Die Organisationssatzung des Studierendenrats in Heidelberg hält in § 26 OrgS folgende Aufgaben fest: „(1) Die SchliKo kann von jeder/jedem Studierenden der Uni Heidelberg mit der Behauptung angerufen werden, die Studierendenschaft habe in einem konkreten Einzelfall ihre Aufgaben nach § 65 (2) bis (4) LHG überschritten. (2) Sie kann zudem angerufen werden zum Aussprechen von Empfehlungen bei Kompetenzstreitigkeiten zwischen Gremien der Studierendenschaft. (3) Sie wird angerufen bei der Anfechtung von Wahlen und Urabstimmungen und fungiert als Wahlprüfungsausschuss. (4) Sie prüft die Unterschriftenliste für Urabstimmungen und entscheidet über die Zulassung der Urabstimmung. (5) Sie entscheidet im Fall der Uneinigkeit über das Vorliegen einer grundsätzlichen Angelegenheit nach § 8 (3) dieser Satzung. (6) Sie wird angerufen in einem Fall nach § 25 (6) dieser Satzung.“

Die Geschäftsordnung des StuRa sieht in § 2 (9) GO ein Einspruchsrecht vor: "(9) Innerhalb einer Woche nach einer Sitzung des StuRa, der RefKonf oder einer Fachschaftsvollversammlung kann durch jedes Mitglied der Studierendenschaft vor der Schlichtungskommission der Einspruch erhoben werden, eine Sitzung sei nicht ordnungsgemäß einberufen worden."

Ein Einspruch kann aber nur in einem der in der OrgS genannten Fälle eingelegt werden (z.B. wenn die Referatekonferenz eine Sitzung einberuft), ein solcher Fall liegt hier aber nicht vor.

2. Das Verfahren war nicht angemessen

Unabhängig von dem unter 1. ausgeführten war das Verfahren einer Schlichtung nicht angemessen und entsprach insbesondere nicht der Arbeitsweise der Schlichtungskommission, wie sie in § 28 (1) OrgS beschrieben wird: "Die SchliKo hat jederzeit Überparteilichkeit zu wahren". Die Fragen, die der Sitzungsleitung gestellt wurden und die Bitten, die an sie herangetragen wurden, ließen die Vermutung zu, dass die SchliKo sich nicht intensiv mit dem bis dato bekannten Sachverhalt und den Aktivitäten der Sitzungsleitung auseinandergesetzt hat. Insbesondere die Bitte danach, der SchliKo die Protokolle zuzusenden (die öffentlich auf der Homepage des StuRa zu finden sind), die aber in diesem Fall zu dem Zeitpunkt noch nicht verabschiedet waren, verwundert, denn die Protokolle können frühestens in der folgenden Sitzung beschlossen werden, weshalb allenfalls das Protokoll der Sechsten Sitzung hätte vorliegen können, was aber angesichts der Sitzungstermine kaum möglich gewesen wäre. Die Bitte um Mitteilung, falls der Sitzungsleitung von der Homepage abweichende Protokolle vorlägen, irritiert, da dies impliziert, es gäbe verschiedene (in)offizielle Versionen der Protokolle. Die Fragen, die der Sitzungsleitung gestellt wurden, konnten aus der Warte der Sitzungsleitung nicht dazu beitragen, den Sachverhalt mit Blick auf den Einspruch zu erklären. Als der Sitzungsleitung mit dem Protokoll vom 08.03. der vollständige Einspruch vorlag, war es dazu dann zu spät. Auch kritisieren wir, dass der Sitzungsleitung nicht von Anfang an und zeitnah der konkrete Wortlaut des Einspruchs mitgeteilt wurde. Hinweise auf Paragraphen und die Einhaltung von Fristen ermöglichen es nicht, den konkreten Einspruch zu rekonstruieren und dementsprechend auf die Fragen einzugehen. Dies behindert auch die nachfolgende Arbeit der SchliKo, die auf der Grundlage nur raten konnte, was die Sitzungsleitung zu ihrem Vorgehen bewegen haben könnte. Zudem behinderte es die Sitzungsleitung bei der Vor- und Nachbereitung von Sitzungen, da lange auch nicht klar war, um welche Sitzungen es überhaupt geht und somit die Weiterleitung und Veröffentlichung aller in Frage kommenden StuRa- Beschlüsse ausgesetzt werden musste.

Der Termin der öffentlichen Sitzung der SchliKo, zu der alle Interessierten eingeladen wurden, wurde ohne Rücksprache mit der Sitzungsleitung festgelegt. Hier geht es nicht um einen Bonus. Wenn es aber um ein Schlichtungsverfahren geht, ist die SchliKo angehalten, beide Parteien zu hören - oder dies zumindest zu versuchen. Die Sitzungsleitung als "Beschuldigte" wurde nicht offiziell zur Sitzung eingeladen und die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben, wie es in Rechtsverfahren doch allgemein üblich ist.

Die Bitte der SchliKo nach Schilderung des Ablaufs und der Organisation der Sitzungen vom 11.02. und 18.02. ging am 02. März an die Sitzungsleitung, bis zum 06.03. sollte die Sitzungsleitung der SchliKo die Antworten ("Stellungnahme zum Einspruch" ist hier eher ein unpassende Formulierung) zukommen lassen - und am 08.03. wurde bereits das öffentliche Treffen abgehalten, zu dem am 05. März eingeladen wurde. Es ist nicht angemessen, innerhalb von drei Tagen (noch dazu in der vorlesungsfreien Zeit) ein solch wichtiges Treffen anzusetzen, zumal jedes Mitglied des StuRa - auch die Sitzungsleitung - noch anderen Verpflichtungen nachzukommen hat (zu nennen sind hier beispielsweise Erwerbstätigkeit, Familie, andere Termine etc.).

Die OrgS sieht nicht vor, dass die Identität der Person, die Einspruch erhebt, offen gelegt wird. Dies ist auch nicht unbedingt nötig. Die klare Vorgabe der Überparteilichkeit wurde aber verletzt durch die Schlichtungskommission, indem sie die eine beteiligte Seite nicht zum konkreten Einspruch Stellung nehmen ließ und nicht versuchte, die Sichtweisen der Beteiligten zusammenzubringen.

Somit wurde weder der Überparteilichkeit, zu der die SchliKo verpflichtet ist, Rechnung getragen, noch dem in der Bezeichnung "Schlichtungskommission" zum Ausdruck gebrachten Gedanken, beide Seiten zusammenzubringen. Gesichtspunkte wie die Beschluss- und damit Funktionsfähigkeit des StuRa oder die Beweggründe für einzelne Schritte konnten so nicht berücksichtigt werden, es wurden vor allem Aspekte wie Mitgliederrechte und Sitzungsabfolge diskutiert. Die Empfehlung der SchliKo kann somit nicht der Sachlichkeit und Neutralität gerecht werden, die der Begriff der Schlichtung impliziert.

3. Der Einspruch war nicht plausibel

Gesetzt den Fall, es gäbe eine Regelung in der OrgS, wonach gegen die Einberufung von Sitzungen Einspruch erhoben werden könnte, würden wir Folgendes ausführen: Der Einspruch war nicht plausibel. Er beruft sich vor allem darauf, dass die erste Sitzung der

Siebten Sitzung nicht korrekt einberufen wurde und in der Folge auch die zweite und dritte Sitzung der Siebten Sitzung nicht. Das war aber in der zweiten und dritten Sitzung bereits geheilt, denn es lag bis dahin kein Einspruch vor. Hätte es einen Einspruch gegeben, hätte man erst gar nicht zur zweiten und dritten Sitzung eingeladen. Dass zur zweiten und dritten Sitzung der Siebten Sitzung eingeladen wurde, stand in der Einladung vom 12.02. Auch Mitglieder, die in der ersten Sitzung nicht anwesend waren, hätten Einspruch einlegen können. Darüber hinaus verwundert vor diesem Hintergrund, dass auf die Frage der Sitzungsleitung an die SchliKo, ob die Einberufung der 8. Sitzung ordnungsgemäß sei, geantwortet wurde, dass an ihrer Einberufung nichts auszusetzen sei. Ist aber die zweite und dritte Sitzung der 7. Sitzung nicht ordnungsgemäß einberufen, weil ihre erste Sitzung es nicht war, dann muss das auch für die 8. Sitzung gelten. Auch sie wäre nicht ordnungsgemäß einberufen, da die 7. nicht ordnungsgemäß abgeschlossen wurde. Dass die Handlungs- und Beschlussfähigkeit des StuRa abgewogen werden muss mit der Beratungsmöglichkeit einzelner Mitglieder mit ihren Gruppen bzw. Fachschaften zwischen den Sitzungen, ist ein Aspekt, der der Sitzungsleitung bewusst war und den sie bei ihrem Vorgehen berücksichtigt hat. Die Sitzungsleitung stimmt der SchliKo

zu, dass dies ein wichtiger Aspekt ist. Allerdings ist es nicht sinnvoll, die unmittelbare Abfolge von Sitzungen direkt aufeinander ganz zu unterbinden. So hat der StuRa zur Verabschiedung der Beitragsordnung davon Gebrauch gemacht, zwei Sitzungen direkt hintereinander stattfinden zu lassen. Die "Missbrauchsgefahr" hierbei ist überschaubar und der StuRa kann immer auch dagegen stimmen, einen Tagesordnungspunkt aufzurufen oder einen Beschluss zu fassen: die Tagesordnung bedarf der Zustimmung durch das Gremium. Nur mit Fiktionen zu argumentieren, wie es in der Begründung der SchliKo im letzten Absatz geschieht, versucht nicht die Position der Sitzungsleitung einzunehmen - bzw. tut dies sehr einseitig, indem beispielsweise durchgespielt wird, dass die Sitzungsleitung in einer ersten Sitzung absichtlich Anträge aufnimmt, um sie in einer zweiten und dritten Sitzung mit einer einfachen Mehrheit (statt einer Zweidrittelmehrheit) zu fassen – ohne zu berücksichtigen, dass dies der Zustimmung der Sitzung bedarf. Die SchliKo geht also dann einerseits davon aus, dass die Mitglieder nicht gleich abstimmen wollen und erst mit Gruppen und Fachschaften reden wollen, zugleich aber bereit sind, derartige Verfahren mitzumachen und dann eben doch gleich abzustimmen.

Die GO sieht vor, dass auch "unterbesetzte" Sitzungen Beschlüsse fassen können (§7 (2) GO) und mit Blick auf die Handlungsfähigkeit des StuRa muss von dieser Option Gebrauch gemacht werden, sonst könnte man sie aus der GO streichen. Wenn es aber dazu kommt, dass Sitzungen schwach besetzt sind, kann man nicht mit einem Idealmodell argumentieren, in dem alle Mitglieder zwischen den Sitzungen alle TOPs noch einmal in ihren Gruppen und Fachschaften beraten. Man muss dann auch akzeptieren, dass es in der vorlesungsfreien Zeit passieren kann, dass Sitzungen schwach besetzt sind und somit das Ideal nicht erreichbar ist. Es gilt dann abzuwägen, an wie vielen Tagen man die Mitglieder noch zusammenrufen will bzw. kann. Im vorliegenden Fall waren die letzten TOPs, die am 18.2. in der Sechsten Sitzung erstmals beraten und in der Siebten weiterverhandelt oder auch beschlossen wurden, keine Punkte, die völlig neu waren, sie waren bereits zum 4.2. bekannt von besser besuchten StuRa-Sitzungen beraten worden und somit hatten die Mitglieder auch Zeit, Rücksprache zu halten. Jeder weitere extra Termin barg auch die Gefahr einer immer geringeren Teilnahme und erhöhte somit die Gefahr einsamer Entscheidungen. Neue TOPs wurden in der Sechsten Sitzung am 18.2. nicht mehr aufgenommen. Dass sie hätten aufgenommen werden können, stimmt. Hierbei sollte man auch berücksichtigen, dass die Entscheidung über die Tagesordnung immer noch das genuine Recht des StuRa ist und dies also immer auch der Zustimmung der anwesenden Mitglieder bedarf, was den möglichen „Missbrauch“ auch beschränkt. Allerdings ist die Missbrauchsgefahr bei weniger stark besuchten Sitzungen zum Beispiel „zugunsten“ der Sitzungsleitung größer und die Möglichkeit, dass Sitzungen weniger stark besucht sind, ist in der Vorlesungsfreien Zeit wahrscheinlicher, daher ist es eher sinnvoll, weniger Termine in dieser Zeit anzusetzen.

Es geht hier aber in erster Linie nicht um Fiktionen und Eventualitäten. Die Frage ist, ob man, nachdem man dies bereits beim Beschluss über die Beitragsordnung und am 11.2. getan hat, auch ein weiteres Mal zwei verschiedene Sitzungen an einem Tag direkt hintereinander einladen kann und dann in der zweiten Sitzung auch Beschlüsse fassen kann. Wir gehen davon aus, dass die GO dies zulässt und dass die darin liegenden möglichen Gefahren im vorliegenden Fall abgewogen und kontrolliert waren. Dass man auch anders hätte verfahren können, bestreitet auch niemand und dies hätte man am 11.2. auch ansprechen können. Die Sitzungsleitung muss aber in solchen Fällen auch Ermessens- und Handlungsräume haben und kann dann nicht an einer theoretischen Fiktion gemessen werden, die wenig plausibel ist.

4. Es gibt viel zu tun:

Auch wenn die SchliKo gemäß OrgS nicht zuständig war, hat ihre Anrufung doch Handlungsbedarf aufgezeigt. Insbesondere sollte die vom StuRa klar politisch gewollte Möglichkeit, die Sitzung anzufechten, in der OrgS festgeschrieben werden. Wir würden uns freuen und fänden es gut, wenn die SchliKo dies in die Hand nehmen könnte. Auch erachten wir es für wichtig, dass die Aufgaben der SchliKo und ihre Vorgehensweise konkret formuliert und in einem Änderungsantrag in die OrgS und GO aufgenommen werden. Ein Schlichtungsverfahren sollte gewissen rechtsstaatlichen Prinzipien entsprechen: Wer zu Einsprüchen etc. befragt wird, sollte den Einspruch im Wortlaut -- ggf. auch anonymisiert -- kennen. (Über die Einräumung von und den Umgang mit Anonymität sollte jedoch sorgfältig nachgedacht werden.) Beiden Seiten muss im Verfahren die Möglichkeit der Anhörung gegeben werden, ob gleichzeitig oder hintereinander könnte im Ermessen der SchliKo liegen. Die "beklagte" Seite sollte zeitnah über den Einspruch und über Termine, zu denen die Parteien auch offiziell eingeladen werden, informiert werden. Eventuell sollten auch die Fristen für TOPs noch einmal überdacht werden. Vielleicht sollte man TOPs ab drei Tage vor der Sitzung nur noch im Falle der Dringlichkeit auf die Tagesordnung nehmen.

Statt zwei Sitzungen an einem Tag, könnte man in Zukunft vielleicht zwei durch einen ganzen Tag getrennte Termine vorschreiben. Freilich birgt dies neben der Gefahr der Handlungsunfähigkeit des Gremiums die Gefahr der geringeren Teilnahme, da zwei Sitzungen an zwei auseinanderliegenden Tagen aufwändiger sind als zwei Sitzungen an einem Tag. Die geringe Teilnahme wiederum würde immer die Legitimität der Entscheidungen in Frage stellen. Berücksichtigt werden sollte immer, dass die „normale“ Beschlussfähigkeit des StuRa nicht an der Sitzungsleitung liegt, sondern an der Anzahl der anwesenden Mitglieder und es nicht Maxime der Sitzungsleitung sein kann, die Teilnahme abzusenken. Dass dies nicht auf Kosten der Vorbereitung der Mitglieder, z.B. in Form der Rücksprache mit Gruppen und Fachschaften, gehen kann, ist auch klar. Es gilt abzuwägen und man sollte eher Handlungsoptionen erhalten. Ein Verbot, zwei Sitzungen hintereinander abzuhalten, halten wir daher nicht für sinnvoll, da der StuRa im Einzelfall – wie bei der Beitragsordnung - hiervon Gebrauch machen können sollte.

13.4 Bericht vom Info-Treffen am 01.04.2014

Die Neunte Sitzung am 01.04.2014 war nicht beschlussfähig. 3 TOPs (SchliKo, Semesterticket, Finanzordnung) werden nichtsdestoweniger beraten

Beginn: ca. 19:35 Uhr
Ende: 21:04 Uhr

SchliKo

Einspruch von Jakob Heimpel ging der SchliKo zu und wurde von ihr befasst. Bei der letzten StuRa-Sitzung wurde angesprochen, dass es nicht ideal lief. Das Schlichtungsverfahren ist noch nicht geregelt. Vorschlag der SchliKo: einerseits bekannte Probleme angehen, Treffen für Satzungsänderung oder auch für den konkreten Fall, das Verfahren nochmal aufrollen damit nun eine Lösung erarbeitet wird, die funktioniert. Die Intention der SchliKo war nicht, eine Seite auszuschließen.

Allgem: die SchliKo hat bisher noch keine Verfahrensordnung, das muss gemacht werden. Auslegungsmöglichkeiten sollen in Zukunft vermieden werden durch Satzungsänderungen. Konkret sollen zwei Sitzungen hintereinander ausgeschlossen werden. Denn dies schließt eine Rücksprache mit den Gruppen und Fachschaften aus. Im konkreten Fall wollte die SchliKo nicht den Eindruck vermitteln, jemanden zu hintergehen. Zukünftig könnte man überlegen, den Einspruch öffentlich zu machen.

Zur Stellungnahme der Sitzungsleitung wird angemerkt: Die Argumentation bei Punkt 1 ist nicht schlüssig, aber wenn die Rechtsaufsicht das so sieht, besteht keine Wahl. Neues Aufrollen begrüßenswert aber die Frage ist, ob es rückwirkend machbar ist?

Anmerkung der SchliKo: Rechtsaufsicht teilt auf Anfrage der Sitzungsleitung deren Rechtsauffassung. Sie ist aber auch der Auffassung, dass eine andere Rechtsauffassung vertretbar ist. Einspruch von Jakob und die Behandlung durch die SchliKo könnte eine Kompetenzüberschreitung darstellen. Lösung durch Neubehandlung wäre gangbar, muss schauen, ob es möglich ist (LHG). Längere Diskussion sollte bei nächster beschlussfähiger Sitzung geführt werden. Vielleicht sollten wir den Fall hinter uns lassen und uns für die Zukunft orientieren.

Es wird angemerkt, dass man das zwar nicht vergessen und daraus lernen soll, aber es auf sich beruhen lassen sollten. Wir haben noch viel zu tun.

Anmerkung: Diese Argumentation nicht einleuchtend. Müssen wir uns denn an die Rechtsaufsicht halten? StuRa ist ein eigenes Gremium. Kann man hier dem Rektor (d.h. der Rechtsaufsicht) widersprechen?

Anmerkung: Man soll Realpolitik machen. Es ist nicht klar, wer zuständig ist und die Empfehlung ist nicht bindend. Aber man muss die Rechtsaufsicht deshalb nicht missachten. Nein, denn das könnte dem Gremium schaden.

Anmerkung: Sehr kompliziert und sehr viel Arbeit, das Verfahren in der Satzung ist fehlerhaft. Die allgem. Regelung steht im Vordergrund, dann entscheiden, ob alte Beschlüsse nichtig oder geheilt werden.

Anmerkung: Das Verfahren ist in der GO eigentlich genau so vorgesehen. Der Einspruch geht an die SchliKo etc. Wenn das nicht erwünscht ist, müsste die GO/Satzung dementsprechend abgeändert werden.

Anmerkung: Der Kern der Diskussion ist, ob die SchliKo überhaupt diese Empfehlung aussprechen kann. Die SchliKo hat am Gespräch mit Herrn Treiber nicht teilgenommen. Man sollte sich vielleicht noch einmal mit der Rechtsabteilung treffen. Wurden die Rechte der Mitglieder gewahrt und wie weit?

Anmerkung: Der Einspruch richtet sich gegen das falsche Verfahren. Man sehe den Nutzen der aktuellen Debatte nicht. Die Satzung soll dahingehend geändert werden und diesen Fall jetzt auf sich beruhen lassen.

Anmerkung: Die Formalitäten sind Streitbar. Der Einspruch solle bitte nicht unter den Tisch fallen gelassen und das Ganze in einer beschlussfähigen Sitzung angesprochen werden.

Anmerkung der Sitzungsleitung: Das ist von der Sitzungsleitung auch vorgesehen, die SchliKo sollte jetzt einen Termin ausmachen und alle einladen, um gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten. Dezentrale Treffen helfen hierbei nicht. Es wäre konstruktiv, sich mit Herrn Treiber zusammzusetzen. Alles weitere kann man in den jeweiligen Stellungnahmen nachlesen

Semesterticket

Eingangsstatement vom Verkehrsreferat: Siehe TOP 6 in den Sitzungsunterlagen. Am 25. März hätte eine Berechnung bezügl der jährl. Preissteigerung vorliegen sollen, nun wurde gesagt so etwas gebe es nicht. Fassungslosigkeit und Staunen wegen der Unbekanntheit dieser wichtigen Kennzahlen. Bisherige Preissteigerung: jährl. 6,2%. Unzufriedenheit bisher sehr groß. Wie viel kann man den Studierenden noch zumuten? Jetzt 4,50 Euro oder 5 Euro? Parteien äußern sich positiv, CDU und Grüne setzen sich für Zuschüsse ein. Dies ist ein wichtiges Zeichen. Man habe bisher 41 Sitze im Gemeinderat. SPD hat eine eigene Meldung rausgegeben und dies als Wahlkampfmanöver genutzt, SPD solle sich wenigstens enthalten, dann könne man einen moderaten Anstieg vereinbaren. SPD schrieb zudem bei Grünen ab, aber bisher wenig bis gar nicht mit dem StuRa kommuniziert. Es gibt hier einen Nachjustierungsbedarf.

Diskussion:

Anmerkung: Freie Wähler und Heidelberger würden immer mit der CDU stimmen. Das Ding sei gelaufen.

Anmerkung: Zum Gratulieren zu früh, denn aus Abgrenzungsgründen können beide Gruppen Distanz zur CDU bevorzugen. SPD ist wenigstens eine geschlossene Gruppe, wenn sie sich enthalten, wäre es beschlossen.

Anmerkung: Abstimmung zur Mannheimer Abendregelung: Wenn MA das annimmt, will VRN 13,84 pauschal für MA. HD ist aktuell bei 5€. Wenn Annahme, muss es bei uns wegen dem Gleichbehandlungsgrundsatz auf 13,84 Euro steigen. Man versucht jetzt auch, falls das abgelehnt wird, die Abendregelung um fast einen Euro anzuheben und im Sockelbetrag unterzubringen, künftige Progression eingeschlossen. 5,87 Euro für HD ablehnbar?

Anmerkung: 11,50 Euro – 13,14,15 Euro für verbundweite Abendregelung. Ergibt sich aus bisher proklamierten Minusgeschäft der Heidelberger Abendregelung. Separierte Abstimmung.

Anmerkung: Was ist mit dem Bestandsschutz der HD-Abendregelung? Antwort: Wäre hin, wenn anderswo nach HD-Gleichbehandlung gefordert wird. Höchst unwahrscheinlich.

Anmerkung: Wie stands um die Kooperation zwischen dem Verkehrsreferat in HD und der Mannheimer Studivertretung? Antwort: Anfangs schwierig. Jetzt findet ein Austausch statt, jedoch keine feste Bindung.

Anmerkung: Heute hätte die Mandatierung stattfinden sollen. Am Donnerstag, den 03. April findet eine Sonderreferatekonferenz um 18 Uhr s.t. statt. Wenn es Interessierte gibt, die daran teilnehmen möchten, bitte Teilnahme ankündigen um ggf. nach größeren Räumen Ausschau halten zu können. Referenten werden sich nach der Debatte, wenn StuRa-Mitglieder anwesend sind, eher nach deren Meinung positionieren.

Vorschlag: Bis 4,30 Euro Preissteigerung pro Jahr mitgehen. Dafür eine positive Informationskampagne zur Urabstimmung machen. Für 4,50 Euro Preissteigerung mit Bauchschmerzen mitgehen und neutraler agieren. Nächste Woche muss Bekanntgabe der Aufstellung und Vertragsvorschläge stattfinden.

Anmerkung: Ausstiegsklausel beim Solidarticket bringt nichts, da sie im Falle eines Solidartickets eh von beiden Vertragspartnern gewollt ist.

Anmerkung: Ist aber trotzdem vielleicht klug, wenn das festgelegt wird. Ist somit für nachfolgende Verkehrsreferenten nachvollziehbar bei Vertragsdurchsicht. Und man hat die Möglichkeit für einen Handlungsspielraum.

Nachtrag: Meinungsbild erwünscht über Mandatierung (auch wenn nur Beratungsrunde). So okay oder nicht? Ergebnis: 19 Dafür, 6 Dagegen, 3 Enthaltungen

AG Finanzen

Treffen der AG-Finanzen: 04.04.2014 um 16 Uhr Treffen im StuRa-Büro.

StuRa hat mittlerweile ein eigenes Girokonto, ZUV weiß Bescheid, demnächst werden die Beträge überwiesen

Start mit Fragerunde.

Frage: Wie wird das Geld verteilt? System?

Der Sockelbetrag von 1500€ pro Jahr pro Fachschaft wird von den 40% die zugewiesen werden zugeteilt. Die restlichen etwa 100 000€ werden nach Studienfallzahl verteilt. Die drei möglichen Verfahren werden erklärt.

Anmerkung: Die Studistatistik ist problematisch, da sie unklar ist. Studienfallzahl ist die einzige gangbare Methode und Fachschaftsengagement ist ja auch unabhängig von Fachschwerpunkt, Gleichberechtigung der 25%-ler. Sauberstes und praktischstes Verfahren. Steht deshalb in der Finanzordnung.

Anmerkung: Fächer, die zu 100% studiert werden (Natwissenschaften, Jura, etc.), erhalten weniger.

Anmerkung: Einwand nur z.T. richtig. Auch bei Naturwissenschaftlern möglich, dass mehrere Fächer studiert werden. Hinweis auf Statistik, die gerade entsteht und verschiedene Modelle vergleicht.

Einwand: Es ist möglich, aus der Statistik Studienvollzeitäquivalente herzustellen.

Anmerkung: Nebenfächler seien nur ein Viertel wert von dem was Vollzeitstudierende wert seien, ist eine problematische Botschaft.

Anmerkung: Zahlen werden, wenn sie fertig sind, im StuRa Verteiler herumgeschickt.

Anmerkung: Welcher Studi in welchem Fach wieviel Aufwand pro Fachschaft darstellt, ist nicht feststellbar. Vollzeitäquivalente seien bisher verwendet worden. Es bestünde kein Grund abzuweichen. Benachteiligung kleiner Fachschaften seien durch Sockelbetrag umgangen worden.

Frage zu zwei Passagen: §24 Aufwandsentschädigung löst Verwunderung aus. Was fällt darunter? Honorar etc. Bahncards seien problematisch siehe §26

Antwort: Ist eine "kann-Regelung", muss nicht sein. StuRa-Mitglieder, z.B. aus Mannheim kommend, die nach einer StuRa-Sitzung aufgrund der fehlenden Bahn-Verbindungen nicht nach Hause können und deshalb mit dem Auto herkommen müssen, sollten die Möglichkeit einer Fahrtkostenzuschuss/erstattung erhalten. Die Bahncard wurde bisher auch von Geldern der ZUV erstattet, wenn diese zur Reisekostensenkung beitrug und durch die Bahncard mehr Geld eingespart als ausgegeben wurde. Aber das war damals rückwirkend. Der ersparte Betrag kann rückerstattet werden. Gegen Rechnung (siehe Außenreferat) auch Vorabzahlung der Bahncard möglich. Die Regelung wurde dabei von Jena übernommen und auf unsere Verhältnisse angepasst.

Anmerkung: Sei sinnvoll wenn man viel spart bei der Bahncard. Problematisch bei Mannheimer Mitgliedern. Grundsatzdebatte ist gewünscht. Diskussion solle zurückgestellt werden.

Anmerkung: Notwendigkeit dieser Hintertür soll diskutiert werden. Wie kann Missbrauch der Fachschaftsgelder verhindert werden was die Finanzordnung angeht? Bisher waren Parallelstrukturen notwendig, jetzt ist es vielleicht nicht mehr notwendig. Wie weit geht die Fachschaftsautonomie?

Antwort: Man muss die Praxis abwarten. Eine rechnerische Abgrenzung Partygeld und StuRa-Gelder ist möglich.

Anmerkung: 'Über Ausschreibungen entscheidet die RefKonf' Was hat es damit auf sich?

Antwort: Stellen unterstützen operatives Geschäft, diese Regelung ist sinnvoll, es muss sowieso alles aufgrund des Gesetzes öffentlich ausgeschrieben werden.

Den Fachschaften ein Geldverwendungsnachweis aufzuerlegen, sei unökonomisch für den Gesamthaushalt und der sozialen Funktion von Fachschaften nicht angemessen.

Anmerkung: Politische Teilhabe sei teilweise von Aufwandsentschädigung gegen Verdienstausschluss abhängig. Ablehnung der Aufwandsentschädigung ist exklusiv. Aufwandsentschädigung ungleich Fahrtkostenzuschuss, beides sollte differenziert und unabhängig in der Satzung verankert werden.

Anmerkung: Manche kriegen Geld dann und manche nicht. Keine Pauschalen zahlen dann, sondern eher alle entschädigen. Das wäre gerechter.

Nachfrage bezüglich der Rücklagen, ihrer relativen Maximalhöhe und den allgemeinen Fachschaftenfonds: Am Ende sei dieser Fonds eine zweckgebundene Rücklage, fraglich, ob es ihn geben wird.

Anmerkung: Redaktioneller Änderungsvorschlag: entsprechend statt analog bei 14.2

TOP 14: Anwesenheitsliste

Anwesenheit der Mitglieder in der Besprechungsrunde am 01.04.2014

Name	vertritt Fachschaft
Lennart Binder	Jura
Johannes Michael Böhler	Die Linke/SDS
Moritz Brinkmann	Physik
Malte Burmester	RDCS
Fabian Grünig	Mathematik
Jakob Heimpel	Jusos
Lukas Hille	Theologie
Thomas Kirchner	Physik
Simon Lovis Kling	Liste Medizin
Hannah Klumpp	Jura
Tobias Köhler	Religionswissenschaft
Thomas Krengel	Geowissenschaft
Lars Maurer	GHG
Benedikt Obermaier	Medizin Mannheim
Felix Obert	Jura
Maximilian Pascheberg	Germanistik
Jonas Pucher	Klassische Archäologie
Michael Volker Daniel Reiß	VWL
Thomas Rudzki	Die Liste
Daniel Schmidt	Geschichte

Jan Marco Schmidt	Romanistik
Lorenz Scholtis	Jura
Patricia Seitz	Kunstgeschichte
Vinojan Vijeyaranjan	Südasiens-Studien
Johannes Nikolai Visintini	Informatik
Benjamin Weber	VWL
Florian Weissenrieder	Geographie
Jens Wilke	Jusos
Georg Wolff	Geschichte
Sibel Yurtsever	Romanistik

Anwesenheit der Referenten in der Besprechungsrunde am 01.04.2014

Name	vertritt Referat
Ziad-Emanuel Farag	Verkehrsreferat
Christian Mittelstaedt	Finanzreferat

Anwesenheit der Mitglieder in der 2. +3. Sitzung der neunten Sitzung am 08.04.2014

Name	vertritt Fachschaft/Liste
Robin Markus Auer	Anglistik
Glenn Erasmus Bauer	Japanologie
Johannes Michael Böhler	Die Linke/SDS

Moritz Brinkmann	Physik
Angelika Cebulla	Liste Medizin
Stevan Cirkovic	Piraten
Aziz Özden Dogan	Medizin Heidelberg
Christopher Edler	Medizin Heidelberg
Sarae El-Mourabit	Jusos
Fabian Grünig	Mathematik
Jakob Heimpel	Jusos
Thomas Kirchner	Physik
Simon Lovis Kling	Liste Medizin
Hannah Klumpp	Jura
Tobias Köhler	Religionswissenschaft
Andreas Mathes	GHG
Lars Maurer	GHG
Benedikt Obermaier	Medizin Mannheim
Felix Obert	Jura
Nicolas Paul	Liste Medizin
Kirsten Heike Pistel	Erziehung und Bildung
Jonas Pucher	Klassische Archäologie
Fabian Reinhard	Anglistik
Michael Volker Daniel Reiß	VWL
Henrik Martin Rubner	GHG
Thomas Rudzki	Die Liste

Valentina Schmidt	Pflegewissenschaft/Care
Sandra Isabell Schmidt	Politikwissenschaft
Jan Marco Schmidt	Romanistik
Lorenz Scholtis	Jura
Patricia Seitz	Kunstgeschichte
Vinojan Vijeyaranjan	Südasien-Studien
Sibel Yurtsever	Romanistik
Kai Wortmann	Erziehung und Bildung

Anwesenheit der Referenten in der 2. + 3. Sitzung der neunten Sitzung am 08.04.2014

Ziad-Emanuel Farag	Verkehrsreferat
Christian Mittelstaedt	Finanzreferat